

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Sabine Riedel

Frankreich als Einwanderungsland

Debatten um Immigration, Integration und
nationale Identität

S 25
September 2007
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2007

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 7 **Herausforderungen an die französische Einwanderungs- und Integrationspolitik**
- 7 Die historische Dimension:
Frankreich als Einwanderungsland
- 8 Die sozioökonomische Dimension:
Die Lage in den Banlieues
- 10 Die politische Dimension:
Das republikanische Staatsmodell
- 13 **Einwanderung und Integrationspolitik unter Jacques Chirac**
- 13 Nicolas Sarkozys Aufstieg als
Innenminister im Jahre 2002
- 16 Integrationsminister Azouz Begag
setzt auf Chancengleichheit
- 18 Streit um das koloniale Erbe Frankreichs
- 20 Erfahrungen aus den
Unruhen vom November 2005
- 24 **Kontroversen um Immigration und nationale Identität im Präsidentschaftswahlkampf 2007**
- 24 Die historische Dimension:
Interpretationen der Geschichte
- 26 Die sozioökonomische Dimension
der Immigration
- 28 Die politische Dimension:
Debatten um die nationale Identität
- 31 **Abkürzungen**

**Frankreich als Einwanderungsland.
Debatten um Immigration, Integration und
nationale Identität**

Die Wahl des ehemaligen Innenministers Nicolas Sarkozy zum neuen französischen Staatspräsidenten lässt zunächst eine Kontinuität in der Innenpolitik vermuten. Die Verfasserin möchte dagegen mit dieser Studie zeigen, dass mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 die Ära Jacques Chirac auch in der Einwanderungs- und Integrationspolitik zu Ende gegangen ist. Dies wird sich insbesondere auf die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich Chancengleichheit und Integration auswirken, die im vergangenen Jahr auf Regierungsebene ins Leben gerufen wurde und auf die europäische Ebene ausstrahlen soll.

Bereits im Jahre 2002 hatte Nicolas Sarkozy einen entscheidenden Kurswechsel in der Immigrations- und Integrationspolitik versprochen: Der illegalen Einwanderung sagte er ebenso den Kampf an wie der wachsenden Kriminalität in den französischen Vorstädten, wo zu 80 Prozent Immigranten und deren Nachkommen wohnen. Mit diesem Wahlprogramm hatte Sarkozy die Neogaullisten zur stärksten Fraktion des französischen Parlaments gemacht und seinen eigenen Aufstieg vom Bürgermeister des noblen Pariser Vororts Neuilly-sur-Seine zum Innenminister begründet. Schon kurze Zeit später wurde er Vorsitzender der Präsidentenpartei Volksbewegungsunion (Union pour un Mouvement Populaire, UMP) und schließlich 2007 deren Präsidentschaftskandidat.

Doch ein Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre zeigt, dass der neue Kurs keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen hat: Wie selbst regierungsoffizielle Statistiken zeigen, konnte weder die illegale Migration entscheidend eingedämmt werden, noch ist die jährliche Zuwanderung zurückgegangen. Ebenso wenig hat sich an den Problemlagen der französischen Vororte geändert, wo 42 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos sind und 48 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren noch bei ihren Eltern wohnen. Vielmehr weiteten sich die Gewaltakte, die in den Banlieues fast schon zur Normalität geworden sind, im November 2005 zu landesweiten Unruhen aus. Die Verhängung des Ausnahmezustandes über mehrere Wochen hinweg konnte jedoch nur oberflächlich für Ruhe sorgen.

Die Enttäuschung vieler Einwanderer ist seitdem eher noch größer geworden und konnte selbst durch das Engagement des beigeordneten Ministers für die Förderung der Chancengleichheit kaum aufgefangen werden. Azouz Begag war Anfang Juni 2005 von Staatspräsident Jacques Chirac in dieses Amt berufen worden, weil der Präsident konsequent am traditionellen republikanischen Modell festhielt und ein Gegengewicht zu Sarkozy und dessen Konzept der positiven Diskriminierung bilden wollte. Doch die anhaltend hohe Arbeitslosenrate sowie der fortschreitende Rückzug des Staates aus der sozialpolitischen Verantwortung verhinderten, dass der »soziale Fahrstuhl« des republikanischen Modells wieder in Gang kam.

Nicht zuletzt aus diesem Grund verstand es Nicolas Sarkozy, im Präsidentschaftswahlkampf 2007 einen offenen Bruch mit den republikanischen Prinzipien zu propagieren. Dazu gehört die Abkehr von der bisherigen Politik der Chancengleichheit, die eine Partizipation der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen insbesondere aus den Banlieues gefördert hatte. Stattdessen wird Sarkozy auf ein Elitenmodell setzen, das Vertretern verschiedener Gruppen, wie zum Beispiel Muslimen oder den »Noirs«, eine Führungsrolle innerhalb ihrer jeweiligen Gemeinschaften zuschreibt und sie in die politische Verantwortung einbindet. Es bleibt jedoch fraglich, ob sich die Mehrheit der Einwanderer damit zufriedengeben wird.

Zu diesem französischen Modell des Multikulturalismus mit Maßnahmen der positiven Diskriminierung passt das Engagement des neuen Staatspräsidenten, das Trennungsgesetz aus dem Jahre 1905 zu reformieren und die »großen Kirchen« künftig staatlich zu finanzieren. Abgesehen von kritischen Einwänden seitens Vertretern der katholischen und evangelischen Kirchen ist zu bedenken, dass mit einer gesellschaftlichen Aufwertung der Religionen die nationale Identität der Franzosen nur in eine Richtung gestärkt würde: Die Einwanderer muslimischen Glaubens blieben trotz offizieller Anerkennung ihrer Religionsgemeinschaften von einer französischen Kulturnation ausgeschlossen, die sich historisch am ehesten mit dem Katholizismus verbunden fühlt.

Angesichts dieser neuen politischen Konzeptionen und Rahmenbedingungen sollte die deutsche Politik dem französischen Partner demonstrieren, welche positiven Erfahrungen sie mit dem gemeinsam entwickelten Ansatz der Chancengleichheit in den letzten Jahren gemacht hat: Eine erfolgreiche Integration verschiedener ethnischer oder religiöser Gruppen

hängt wesentlich davon, ob es darüber hinaus ein gemeinsames politisches Dach gibt, das allen Bürgern gleiche Rechte garantiert. Schließlich sollte bei der Zusammenarbeit in der Einwanderungspolitik und bei der Bekämpfung der illegalen Migration intensiver darüber nachgedacht werden, welche Folgewirkungen Maßnahmen der vorangegangenen Jahre hatten. In diesem Sinne ist Sarkozys Bilanz kritisch zu prüfen und zur Kenntnis zu nehmen, dass auch er die Ursachen und die Drahtzieher der illegalen Einwanderung nicht wirklich bekämpfen konnte.

Herausforderungen an die französische Einwanderungs- und Integrationspolitik

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland hat sich Frankreich schon immer als Einwanderungsland verstanden. Damit verfügt unser Nachbarland nicht nur über mehr Erfahrung mit unterschiedlichen politischen Instrumenten zur Steuerung von Wanderungsbewegungen. Frankreich kann ebenso auf bewegte Debatten über die verschiedenen Dimensionen von Immigration und Integration zurückblicken,¹ die nicht zuletzt im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf neu belebt wurden. Um den aktuellen Diskussionen über Erfolg und Misserfolg der Einwanderungs- und Integrationspolitik einen inhaltlichen Orientierungsrahmen zu geben, werden in diesem Kapitel zunächst die unterschiedlichen Dimensionen ausgeleuchtet, die für ein tieferes Verständnis der politischen Kultur Frankreichs unverzichtbar sind.

Die historische Dimension: Frankreich als Einwanderungsland

In der wissenschaftlichen Literatur zur Migrationsforschung wird Frankreich als anschauliches Beispiel angeführt, »daß internationale Migration historisch eher die Regel als die Ausnahme darstellt.«² Darauf deuten zunächst Zeugnisse über die Kulturen verschiedener Völkerschaften auf dem Gebiet des heutigen Frankreich hin. Lateinischen Geschichtsquellen zufolge gehörten dazu neben den Römern auch Kelten, Normannen, Angelsachsen und Germanen. Doch auch die Entstehung des fränkischen Staates im Mittelalter war gekennzeichnet durch einen ständigen Kampf um neue Territorien, in dessen Folge sich die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung zusätzlich vergrößerte. Dieses Staatsverständnis als Imperium ohne feste Staatsgrenzen fand im Zeitalter des Kolonialismus seine Fortsetzung und erreichte im 19. Jahrhundert mit dem

»Scramble for Africa«, dem Wettlauf um Afrika, seinen Höhepunkt.

Die territorialen Eroberungen insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent verursachten weitere Einwanderungswellen, die nach dem Ende der Kolonialherrschaft noch einmal anstiegen und bis heute andauern. Mit dem französischen Kolonialsystem aufs engste verbunden war die Ideologie des Rassismus, die erstmals von dem Franzosen Joseph Arthur de Gobineau (1816–1882) zu einer wissenschaftlichen Theorie geformt wurde. Seiner Meinung nach ergibt sich aus einer »Ungleichheit und Reinheit der Menschenrassen« eine »natürliche Hierarchisierung«, in der allein die »weiße Rasse« mit ihrer »Hochkultur« zur Herrschaft über die anderen Rassen geboren sei.³ Es liegt auf der Hand, dass derartige pseudowissenschaftliche Thesen dazu genutzt wurden, Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien zu rechtfertigen. Trotz vielfältiger Formen der Auseinandersetzung mit dem Rassismus insbesondere nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus über Europa hat diese Ideologie bis heute einen großen Einfluss auf das Bewusstsein vieler Franzosen. Dabei scheint ein Argumentationsstrang in den aktuellen Diskussionen über das Thema Zuwanderung eine besondere Rolle zu spielen, nämlich die pessimistische Geschichtsbetrachtung Gobineaus. Danach würde eine Vermischung der Rassen zu einem kulturellen und damit auch politischen Niedergang führen. Ein ähnliches Szenario entwirft der nationalistische Front National, der unter den Franzosen Angst vor Immigranten und Asylsuchenden schürt, indem er einen »kulturellen Verfall« Frankreichs heraufbeschwört.

Entgegen den rassistischen Feindbildern für Immigranten spielte die Einwanderung in der Geschichte Frankreichs eine wichtige Rolle bei der Industrialisierung und entschied somit über dessen wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität. Infolge moderner Methoden der Geburtenkontrolle war nämlich im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Bevölkerung zurück-

1 Vincent Ferry/Piero-D. Galloro/Gérard Noiriel (Hg.), *20 ans de discours sur l'intégration*, Paris 2005.

2 Stephen Castles/Mark J. Miller, »Die Formung der modernen Welt durch globale Migration. Eine Geschichte der Wanderungsbewegungen bis 1945«, in: Ludger Pries (Hg.), *Transnationale Migration*, Baden-Baden 1997 (Soziale Welt, Sonderband 12), S. 47–61 (48).

3 Günter Rieger, »Rassismus«, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.), *Lexikon der Politik*, Bd. I: *Politische Theorien*, München 1995, S. 497–504 (499).

gegangen, was den Mangel an Arbeitskräften zusätzlich verschärfte. Einen weiteren entscheidenden Anstoß für die Immigration gab schließlich der Erste Weltkrieg, in dessen Verlauf etwa 3 Millionen Franzosen entweder getötet oder zu Kriegsversehrten wurden. Allein zwischen 1920 und 1930 wurden deshalb insgesamt 2,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte angeworben. Italiener und Polen fanden vornehmlich im Bergbau und in der Schwerindustrie Arbeit, während Spanier und Belgier eher in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Wissenschaftler schätzen, dass ohne diese Zuwanderung die Bevölkerungszahl Frankreichs heute um rund ein Viertel niedriger läge, das sind etwa 15 Millionen Menschen.⁴

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs öffnete Frankreich seinen Arbeitsmarkt nicht nur für Italiener, Spanier und Portugiesen, sondern auch für Migranten aus Nordafrika. Viele suchten in Frankreich eine neue Heimat, nachdem sich die Kolonien für unabhängig erklärt hatten. Allein nach dem Ende des Algerienkriegs (1954–1962) siedelten eine Million Menschen nach Frankreich um. Für Ankunft und Eingliederung stand den Einwanderern das Nationale Einwanderungsbüro (Office national d'immigration, ONI) als Anlaufstelle zur Verfügung, das im Jahre 1946 als staatliche Institution gegründet worden war. Erst als der wirtschaftliche Aufschwung Anfang der siebziger Jahre ins Stocken geriet, änderte Frankreich seine Einwanderungspolitik und stellte seine Anwerbemaßnahmen bis 1974 vollständig ein.

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten konzentrierten sich die Debatten überwiegend darauf, die Migranten selbst als gesellschaftliches Problem wahrzunehmen, statt Defizite bei deren Integration auszumachen und zu beseitigen. Dabei gerieten die positiven Folgewirkungen der Immigration allmählich völlig in den Hintergrund. Auf Seiten der Einwanderer sind dies ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, die besser sind als in ihren Herkunftsländern. Auf Seiten Frankreichs handelt es sich unter anderem um die Gewinne der französischen Industrie und Landwirtschaft durch den Zuzug billiger Arbeitskräfte und den hierdurch ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Indem diese historischen Rahmenbedingungen und die Interessen der beteiligten Akteure ausgeblendet werden, erfährt die Migrationsgeschichte der letzten 200 Jahre eine Art Entpolitisierung und Neuinterpretation. Die historische Dimension der Ein-

wanderungs- und Integrationspolitik beinhaltet demzufolge auch eine Auseinandersetzung mit Geschichtsbildern und -mythen sowie mit historischen Deutungsmustern.⁵

Die sozioökonomische Dimension: Die Lage in den Banlieues

Die Entstehungsgeschichte der französischen Vorstädte verweist nicht nur auf den komplexen Zusammenhang von Einwanderungs- und Integrationspolitik. Sie führt anschaulich vor Augen, dass der französische Staat eine große Mitverantwortung für die heutigen Problemlagen trägt. So schuf der soziale Wohnungsbau (Habitation à loyer modéré, HLM) in den sechziger und siebziger Jahren billigen Wohnraum am Rande der Metropolen, wo sich die eiförmigen Hochhauslandschaften bald zu eigenen Trabantenstädten auswuchsen. Insbesondere ausländische Arbeitskräfte fanden dort eine erste Unterkunft, die aber aufgrund unzureichender gesellschaftlicher Aufstiegschancen bald zum dauerhaften Wohnaufenthalt genutzt wurde. Der allmähliche Nachzug ausländischer Familienangehöriger und neue soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Drogenkonsum trugen seit den achtziger Jahren zur Ghettobildung bei.⁶ Heute liegt der Anteil an Migranten und deren Nachkommen in den Banlieues bei rund 80 Prozent.

Doch erst nachdem sich 1981 im Lyoner Vorort Les Minguettes die Lage gewaltsam zugespitzt hatte, nahmen Politiker sich dieser neuen Probleme an. Sie gründeten zunächst eine Nationale Kommission zur sozialen Entwicklung der Wohnviertel (Commission nationale pour le développement social des quartiers, CNDSQ), die ihre Arbeit seit 1988 auf interministerieller Ebene fortsetzte und eine eigene Stadtteilpolitik entwickelte. Ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit besteht in der Dokumentation der sozialen Lebensverhältnisse insbesondere in den Problemvierteln der franzö-

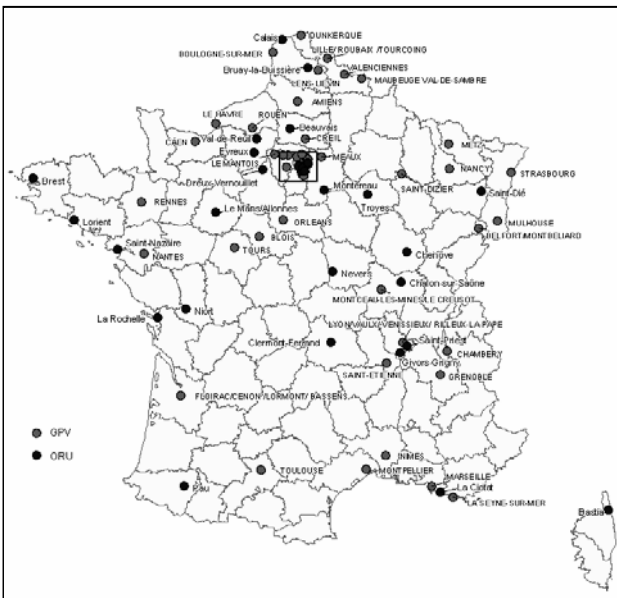
⁵ Dietmar Hüser, »Das Gestern im Heute. Zum Wandel französischer Geschichtspolitik und Erinnerungskultur«, in: Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2005, S. 45–62.

⁶ Wolfgang Neumann, *Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension*, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, Januar 2006 (Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 21), S. 3, <www.dfi.de/de/pdf/afa/afa21.pdf>.

⁴ Castles/Miller, »Die Formung der modernen Welt« [wie Fn. 2], S. 56 und S. 58.

sischen Vororte. Jährlich erscheinende Berichte geben so Aufschluss über Erfolg oder Misserfolg der Stadtteilpolitik. Diesem umfangreichen Datenmaterial, insbesondere den neuesten Publikationen von Anfang 2007, sind folgende Informationen zu entnehmen: Heute leben etwa 8 Prozent der französischen Bevölkerung, das heißt rund 4,7 Millionen Menschen, in 751 Stadtteilen, die offiziell als städtische Problemviertel (Zones Urbaines Sensibles, ZUS) bezeichnet werden. Deren Zahl hat sich von 1984 bis heute nahezu verfünffacht. Während der Ausländeranteil in Frankreich im Landesdurchschnitt bei rund 6 Prozent liegt, beträgt er in diesen Problemvierteln 25 Prozent. Etwa ein Drittel ihrer Einwohner sind jünger als 20 Jahre.⁷

Abbildung 1
Stadterneuerung. Große Stadtprojekte (GPV) und Maßnahmen zur Stadterneuerung (ORU), Juni 2006



Quelle: <<http://i.ville.gouv.fr/divbib/doc/gpvoru.pdf>>.

Im Jahre 1996 boten die Behörden den Unternehmen zusätzliche Anreize, in diese problematischen Stadtviertel zu investieren und auf diesem Wege neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie richteten sogenannte Städtische Freizonen (Zones Franches Urbaines, ZFU) ein, in denen neu gegründete Betriebe nicht nur von

⁷ Délégation interministérielle à la Ville – 2007, *Agir pour les habitants des quartiers en difficulté. La politique de la ville. Mode d'emploi*, Saint-Denis La Plaine, Februar 2007, S. 2, <www.ville.gouv.fr/pdf/editions/agir-pour-les-quartiers.pdf>; vgl. den ausführlichen *Rapport 2006 de l'Observatoire national des Zones urbaines sensibles – février 2007*, <www.ville.gouv.fr/infos/editions/observatoire-rapport-2006-accueil.html>.

verschiedenen Steuerarten (Gewinn-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer) befreit sind. Für die Dauer eines Jahres werden sie auch ihrer Pflicht entbunden, Abgaben an die Sozialversicherung zu leisten. Obwohl der Erfolg dieser Maßnahmen vielfach umstritten ist, stieg deren Zahl von anfänglich 44 auf 85 (seit 1.1.2004).⁸ Kritiker weisen darauf hin, dass sie dem Prinzip des freien Wettbewerbs widersprechen. Darüber hinaus sind die Unternehmen »erst ab dem 40. Beschäftigten gehalten, Bewohner der Quartiere einzustellen.«⁹ So scheint es nicht zu verwundern, dass von einem Rückgang der Arbeitslosenrate in den Problemvierteln nicht die Rede sein kann. Angaben des Innenministeriums zufolge hatten Ende 2006 zwischen 30 und 40 Prozent der Immigranten afrikanischer bzw. maghrebinischer Herkunft keine Arbeit.¹⁰

Neben mangelnden beruflichen Perspektiven leiden die Einwohner der französischen Vorstädte aber auch unter dem schlechten Zustand der städtischen Infrastruktur. Ihre Wohnquartiere liegen meist am Rande von Schnellstraßen und Bahngleisen und wurden in den letzten beiden Jahrzehnten kaum renoviert. Die Stadtsanierung blieb auf einige Initiativen begrenzt und erwies sich zudem als überaus schwierig. Ein Grund ist wohl im knappen Wohnraum zu suchen. So sind die Haushalte von Migranten und deren Nachkommen nicht nur wegen einer höheren Kinderzahl im Durchschnitt größer. Nach einem Bericht aus dem Jahre 1999 leben 48 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die als Nachkommen von Einwanderern im Sozialen Wohnungsbau aufgewachsen sind, noch im Haushalt ihrer Eltern.¹¹

Ein weiteres Problem ist das öffentliche Schulsystem, das schon seit Jahren an chronischer Unter-

⁸ Ministère de l'emploi, de la cohésion sociale et du logement (Hg.), *Zones franches urbaines. Une chance à saisir ensemble*, November 2004, S. 4, vgl. <www.ville.gouv.fr/pdf/editions/zfu-pratique.pdf>; vgl. ebenso die Website der ZFU: *Le site portail des Zones Franches Urbaines*, <www.zones-franches.org>.

⁹ Neumann, *Gesellschaftliche Integration gescheitert?* [wie Fn. 6], S. 10.

¹⁰ Intervention de M. Nicolas Sarkozy, Ministre d'Etat, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, lors de la conférence de presse sur l'immigration, Paris, 11.12.2006; vgl. <www.interieur.gouv.fr/sections/a_la_unef_toute_1_actualite/ministere/conference-immigration/downloadFile/attachedFile/dossier_immigration.pdf?nocache=1165838031.74>.

¹¹ Jacques Barou, *L'habitat des immigrés et de leurs familles*, Paris: La documentation française, 2002, S. 44.

finanzierung leidet. In den Problemvierteln mit einem hohen Anteil an Immigranten und Ausländern macht sich dies eher bemerkbar, weil die Schulen dort kaum mit privaten Unterstützungsgeldern rechnen können. So berichtet ein Schulleiter aus Nanterre bei Paris: »Die Eltern in den besser gestellten Vierteln geben freiwillig allein für eine Klasse mehr Geld, als ich es für meine ganze Schule erhalte! Das verfügbare Geld vom Staat oder von der Kommune reicht nicht aus, um Chancengerechtigkeit herzustellen.«¹² Statt die Mittel für Lehrer und Sozialarbeiter aufzustocken, wurden die Gelder in den letzten Jahren weiter gekürzt. Überfüllte Schulklassen und ein überfordertes und daher häufig wechselndes Lehrpersonal sind die unmittelbaren Folgen.¹³

Die politische Dimension: Das republikanische Staatsmodell

Zur politischen Dimension des Themas Immigration und Integration gehören nicht nur die politischen Ziele mit ihren konkreten Gesetzesinitiativen, wie sie im folgenden Kapitel für die letzte Legislaturperiode beschrieben werden. Hier geht es um ein tieferes Verständnis für die Rahmenbedingungen, die das Handeln politischer und sozialer Akteure begrenzen. Der französische Soziologe Michel Wieviorka von der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales behauptete während der Unruhen in den Banlieues vom November 2005: »Das republikanische Modell ist zerfallen.«¹⁴ Diese Feststellung lässt sich zunächst als interessanter Versuch betrachten, den Ursachen der zahlreichen Integrationsdefizite auf die Spur zu kommen. Statt sich auf die konkreten Problemlagen der

¹² Aus einem Interview mit Eric Pateyron, Schulleiter der École Honoré de Balzac, bei: Peer Zickgraf, *Eine Panne im sozialen Aufzug*, 22.11.2005, Website des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, <www.ganztagsschulen.org/4569.php>.

¹³ Marc Zitzmann, »Kinder der Banlieue – Opfer der Moderne, Täter aus Wut. Gründe und Hintergründe der Gewaltausbrüche in Frankreichs Vorstädten«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.11.2005, S. 19. Vgl. eine Übersicht über neuere soziologische Studien zum Thema bei: Marc Zitzmann, »Es ist Frankreich, das die Kinder wahnsinnig macht.« Das Selbstverständnis der Banlieue-Bewohner im Spiegel soziologischer Studien«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 15.5.2006, S. 27.

¹⁴ »Das republikanische Modell ist zerfallen.« Der französische Soziologe Michel Wieviorka über die Sprache der jugendlichen Gewalt und ihr Verhältnis zu den Medien«, in: *Frankfurter Rundschau*, 12.11.2005, S. 17.

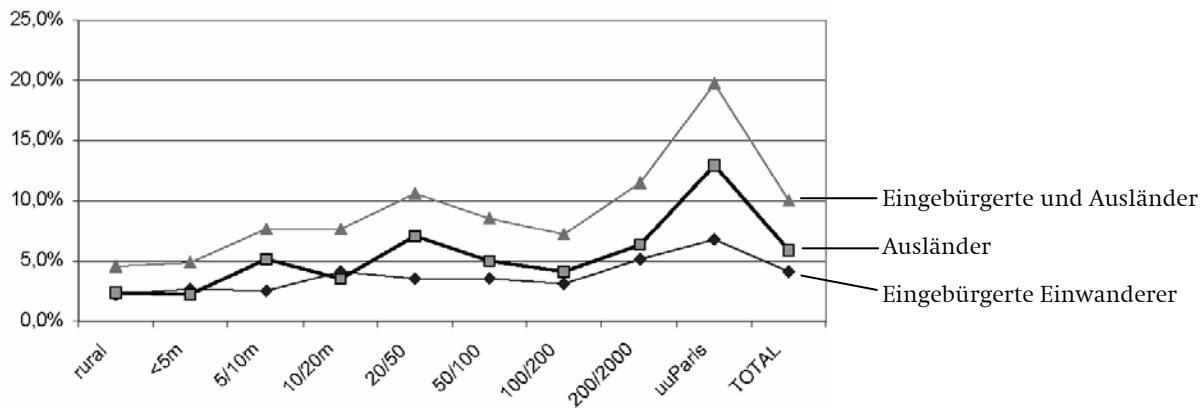
französischen Vorstädte einzulassen und das Für und Wider bestimmter Programme zu erörtern, werden modelltheoretisch die Grundfesten des Staates in Frage gestellt. Dies ist vor allem die Verfassung aus dem Jahre 1958, die Frankreichs V. Republik begründet hat.

Doch wie ein Blick in die französische Geschichte zeigt, entspricht das Bild einer entwicklungsresistenten V. Republik nicht der Realität. Von Anfang an gab es harte Auseinandersetzungen zwischen den beiden wichtigsten politischen Ämtern, dem Staatspräsidenten und dem Premierminister, über deren Kompetenzbereiche.¹⁵ Nicht zuletzt zeichnete sich der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf gerade dadurch aus, dass fast alle Kandidaten grundlegende Veränderungen des politischen Systems versprochen, ob als »rupture« (»Bruch« mit der V. Republik) oder als »VI. Republik«. Damit reagierten sie auf diese kritischen gesellschaftlichen Stimmungen, widerlegten aber gleichzeitig die These, Frankreichs politisches System sei völlig erstarrt.

Dreh- und Angelpunkt der Republik, in welcher Form auch immer, bleibt allerdings die *Nation*. Durch diesen Begriff treten die Unterschiede in der politischen Kultur zwischen Frankreich und Deutschland klar zum Vorschein: So ist sich die deutsche Öffentlichkeit erst infolge der Debatten um neue Gesetze zur Staatsangehörigkeit und Einwanderung der letzten Jahre darüber bewusst geworden, dass dem Grundgesetz ein politisches Nationsverständnis zugrunde liegt. Dennoch hält sich im Bewusstsein der Bevölkerung bis heute ein an Sprache, Herkunft oder Religion gekoppeltes Verständnis der deutschen Nation, das angeblich objektiver Natur sei. Dagegen versteht sich die französische Nation seit ihrem Eintritt in die Geschichte mit der Revolution von 1789 als *Willensnation*, die sich im politischen Diskurs stets neu erschafft. Frankreich verkörpert also kein statisches, von Autoritäten vorgegebenes, sondern ein dynamisches und diskursives Nationsmodell. Dieses subjektive Bekenntnis zum politischen System wird mit dem Begriff »citoyenneté« (»Staatsbürgerschaft«) umschrieben. Im Gegensatz zur »nationalité«, die den Besitz der staatsbürgerlichen Rechte oder einfach die Zugehörigkeit zur französischen Nation bezeichnet, meint »citoyenneté« das Bewusstsein des »citoyen«, das heißt des Bürgers, das über seine persönlichen oder partiku-

¹⁵ Alfred Grosser, *Wie anders ist Frankreich?*, München 2005, S. 52.

Abbildung 2
Prozentuale Anteile von Eingebürgerten und Ausländern, nach Art des Siedlungsraums
 (ländliche Gebiete, Städte zwischen 5000 und 2 Mio. Einwohnern, Paris, Gesamt)



Quelle: Haut Conseil à l'Intégration, *Rapport Statistique 2005. De l'Observatoire Statistique de l'Immigration et de l'Intégration*, Paris, Januar 2007, S. 107.

laren Interessen hinausgehend auf das Gemeinwohl orientiert ist.¹⁶

In den Diskussionen um die Krise der Republik melden sich allerdings auch solche Stimmen zu Wort, die das Modell der französischen Willensnation gern durch ein statisches, historisch und kulturell definiertes Modell ersetzt sehen möchten. Für den Historiker Pierre Nora, Mitglied der Französischen Akademie, existiert die *französische Nation* nicht erst, seitdem sich das Volk durch die Französische Revolution politische Rechte erkämpft hat. Er geht von verschiedenen Formen der nationalen Identität aus, einer königlich-feudalen, einer monarchischen, einer revolutionären und schließlich einer republikanischen Identität, die für ihn eine Art Synthese aus den vorhergegangenen nationalen Identitäten darstellt. Die französische Nation hat Nora zufolge die verschiedenen historischen Epochen überdauert und sich dabei dem jeweiligen politischen System angepasst. Die Globalisierung habe jedoch zu einem »Verlust traditioneller Parameter der staatlichen Souveränität wie Territorium, Grenzen, Militär und Geld« geführt und die nationale Identität in eine ernsthafte Krise gestoßen.¹⁷ Die Immigration sei deshalb nur eine zusätzliche

Herausforderung, jedoch kein für das Nationalbewusstsein entscheidender Faktor.

Der französische Philosoph André Glucksman hält dagegen am politischen Nationsbegriff der französischen Willensnation fest und sieht im Gegenteil aus dem Mangel an politischem Entscheidungswillen eine Krise heraufziehen. Seiner Meinung habe die politische Führungselite unter der Ägide Jacques Chiracs eine Abwehrhaltung gegenüber innenpolitischen Reformen und Kompromissen in internationalen Verhandlungen eingenommen: »Jedes Mal sagen die Franzosen Nein.« Diese nihilistische Grundeinstellung habe mittlerweile auch die Jugend übernommen. In diesem Sinne interpretiert Glucksman die gewaltsamen Ausschreitungen in den Banlieues vom November 2005 als Imitation dieser Verweigerungshaltung der Eliten, die sich mit der französischen Protestkultur verbinde: »Sie integrieren sich durch den Protest. Das ist ganz aktuell in Frankreich.«¹⁸ Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 spitzte Glucksman diese Einschätzung zu der These zu, dass die republikanische Linke heute erstarrt sei. Während sie früher für Veränderungen stand, für eine »laizistische und soziale Demokratie«, neige sie heute zum Konservatismus.¹⁹

16 Richard Münch, »Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs«, in: Kimmel/Uterwedde, *Länderbericht Frankreich* [wie Fn. 5], S. 19–44 (21).

17 Pierre Nora, »Le nationalisme nous a caché la nation«, in: *Le Monde*, 18./19.3.2007, S. 15.

18 Vgl. die Zitate in: »Integration durch Negation. André Glucksman ist der Meinung, dass die jugendlichen Randalierer die nihilistische französische Grundatmosphäre beantworten«, in: *Frankfurter Rundschau*, 10.11.2005, S. 15.

19 »Warum ich mich für Sarkozy entscheide«. Befund eines Abtrünnigen – Die Linke, so André Glucksman, hält sich

Mit diesem Argument rückt schließlich ein anderer Begriff in den Mittelpunkt der Debatte, nämlich die französische Form des Laizismus. Seit den Vorstadtunruhen vom November 2005 verkürzt eine oberflächliche Medienberichterstattung dieses komplexe Thema auf die Aussage, die soziale Wirklichkeit werde von einer überholten Gesetzgebung gegängelt. Das Trennungsgesetz aus dem Jahre 1905 sei allein schon wegen der zahlreichen Einwanderer muslimischen Glaubens zu überdenken oder gar zu revidieren. Dagegen verweist die Fachliteratur zum einen darauf, dass es seit der Französischen Revolution ganz unterschiedliche Formen der »laïcité« gegeben hat.²⁰ So wäre es eine wichtige Herausforderung, den Unterschied zwischen einem antiklerikalen, religionsfeindlichen Laizismus und seiner modernen Variante herauszuarbeiten, die sich der Gewissens- und Religionsfreiheit wie auch der Autonomie der Religionsgemeinschaften verpflichtet fühlt. Zum anderen ist zu prüfen, ob die heutige Form der Trennung von Kirche und Staat infolge der Zuwanderung von Muslimen tatsächlich auf dem Prüfstand steht oder ob sich die vom Laizismus geforderte Neutralität des Staates sogar als ideales Prinzip erweist, damit die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften auch in Zukunft friedlich zusammenleben können.²¹

für unfehlbar und wirkt erstarrt«, in: *Der Standard*, 9.2.2007.

²⁰ Jean-Marie Mayeur, *La question laïque*, Paris 1997.

²¹ Vgl. weiterführend: Olivier Roy, *La laïcité face à l'islam*, Paris 2005.

Einwanderung und Integrationspolitik unter Jacques Chirac

Die Wahl des ehemaligen Innenministers Nicolas Sarkozy zum neuen französischen Staatspräsidenten am 6. Mai 2007 lässt auf den ersten Blick eine Kontinuität in der Innenpolitik vermuten. Im Gegensatz dazu möchte die Verfasserin in diesem Kapitel jedoch herausarbeiten, dass mit Jacques Chiracs Ausscheiden eine Periode der französischen Einwanderungs- und Integrationspolitik zu Ende geht. Auch wenn sich Chirac aus kontroversen Debatten eher heraushielt und stattdessen seine neogaullistischen Mitstreiter in die vordersten Reihen schickte, räumte er diesem Thema stets einen besonderen Stellenwert ein. Er wusste es in Wahlkampfzeiten teils populistisch zu nutzen, blieb dabei aber dem republikanischen Staatsmodell mit seiner Politik der Chancengleichheit treu.

Zu seinen engsten Parteifreunden gehörte lange Jahre Charles Pasqua, der schon 1981 Chiracs Präsidentschaftskandidatur gegen François Mitterrand organisiert hatte, wenn auch ohne Erfolg. Als die Gaullisten schließlich im Jahre 1986 gestärkt aus den Parlamentswahlen hervorgingen und Chirac zum Premierminister ernannt wurde, übernahm Pasqua für zwei Jahre das Innenministerium. In dieser Zeit der Cohabitation sorgte er unter dem Motto »Null-Einwanderung« (*immigration zéro*) für einen restriktiven Kurs in der Einwanderungspolitik.²² Pasqua stoppte die sozialpolitischen Maßnahmen wie zum Beispiel Familienzusammenführungen, die den Anwerbepstopp ausländischer Arbeitskräfte seit 1978 begleiteten. Außerdem reduzierte er die staatlichen Mittel für Integrationsmaßnahmen und schob schließlich illegale Einwanderer, die sogenannten »sans papiers«, in ihre Heimatländer ab.

Als Jacques Chirac im Jahre 1995 das Amt des Staatspräsidenten übernahm, konnte er zunächst mit einer konservativen Parlamentsmehrheit regieren. Doch schon 1997 zogen die Wahlen zur französischen Nationalversammlung die dritte und längste Cohabitation der V. Republik nach sich, die Chirac diesmal

aus anderer Perspektive erlebte:²³ Der neogaullistische Staatspräsident musste sich nun über fünf Jahre hinweg mit einer linksgerichteten Regierung arrangieren, die vom damaligen Sozialistenchef Lionel Jospin geführt wurde. Mit am Kabinetttisch saßen außerdem zwei Vertreter der Kommunistischen Partei (Parti Communiste Français, PCF) sowie je ein Vertreter der Grünen (Les Verts), der Radikalen Linkspartei (Parti Radical de Gauche, PRG) und der Bürgerlich-republikanischen Bewegung (Mouvement Républicain et Citoyen, MRC), deren Chef Jean-Pierre Chevènement das Innenministerium übernahm.

Nicolas Sarkozys Aufstieg als Innenminister im Jahre 2002

Innenminister Chevènement hatte mit seinen neuen Einwanderungsgesetzen im Jahre 1998 der konservativen Opposition weitreichende Zugeständnisse gemacht und die Koalition vor eine Zerreißprobe gestellt. Zwar unterstützten Sozialisten, Grüne und Kommunisten sein Engagement für den Schutz des Asylrechts auf europäischer Ebene, doch gingen ihnen die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration zu weit.²⁴ Diese Risse im Regierungsbündnis sollten sich im Verlauf der Legislaturperiode vertiefen und das Wahljahr 2002 zu einem Schicksalsjahr für die Sozialisten werden lassen. Es begann damit, dass Chevènement zurücktrat, um für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren zu können. Mit dieser Entscheidung zerbrach allerdings seine enge politische Freundschaft mit dem sozialistischen Regierungschef Lionel Jospin, der sich als Spitzenkandidat der Sozialisten selbst reelle Chancen auf dieses Amt ausrechnete.

Die Spaltung des linken Lagers hatte doppelt unerwünschte Folgen. Sie verhalf dem Amtsinhaber Jacques Chirac mit 19,9 Prozent zum Sieg im ersten Wahlgang. Außerdem hatten die etablierten Parteien

²² »Länderprofil Frankreich«, in: *Migration und Bevölkerung*, (Juli/August 2003) 6, vgl. <www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/030606.htm>.

²³ Udo Kempf, »Das politische System Frankreichs«, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2007, S. 283–321 (289).

²⁴ »Risse in der französischen Koalition«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.4.1998, S. 6.

nicht damit gerechnet, dass der Chef des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, 16,9 Prozent der Wähler für sich mobilisieren würde. Er profitierte nicht allein von der niedrigen Wahlbeteiligung. Mit Parolen wie »Frankreich und die Franzosen zuerst« weckte er die Zukunftsängste der Menschen und kommentierte sie mit einfachen, meist europakritischen und ausländerfeindlichen Antworten.²⁵ So erreichte Le Pen den zweiten Wahlgang auch infolge der schwachen Wahlkampfstrategie der regierenden Sozialisten. Jospin fehlten zu seinen 16,2 Prozent die 5,3 Prozent jener Stimmen, die Chevènement auf sich vereinigen konnte. Außerdem wurde offenbar, dass er keine geeignete Strategie besaß, um den Positionen der extremen Rechten Paroli zu bieten. Diese Auseinandersetzung überließ er den Konservativen, indem er noch am Abend seiner Wahlniederlage seinen Rücktritt und Abschied aus der Politik bekanntgab.²⁶

Zur Vorbereitung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen sowie der Parlamentswahlen am 9. und 16. Juni 2002 initiierte Jacques Chirac ein Parteienbündnis, das sich bereits am 23. April 2002 unter dem Namen Union pour la majorité présidentielle (UMP) konstituiert hatte. Unter dem Vorsitz von Alain Juppé versammelten sich darin Gaullisten aus der RPR (Rassemblement pour la République), Vertreter der bürgerlich-liberalen UDF (Union pour la Démocratie Française) sowie Liberale aus der Démocratie Libérale. Kaum hatte Chirac am 5. Mai 2002 seinen Herausforderer Le Pen mit 82,2 Prozent überzeugend geschlagen, stellte er seine neue Regierungsmannschaft vor: Neben dem Liberalen Jean-Pierre Raffarin, den er zum Premierminister ernannte, besetzte er Schlüsselpositionen mit führenden Mitgliedern der von ihm selbst 1976 gegründeten RPR. Als neuer Hoffnungsträger der Gaullisten erhielt Nicolas Sarkozy, Bürgermeister des noblen Pariser Vororts Neuilly-sur-Seine, das Innenministerium einschließlich erweiterter Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit.²⁷

Chiracs inhaltliche Schwerpunkte und seine Personalpolitik sollten sich schon bald als strategische Weichenstellung entpuppen. Denn die Parlamentswahlen standen ganz im Zeichen der Politik Sarkozys,

der sich dem Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung verschrieben hatte. Seinem Motto »tolérance zero« folgend räumte er der Verfolgung und Bestrafung gewalttätiger Straftäter vom Tag seines Amtsantritts an oberste Priorität ein.²⁸ Dabei griff er die Sicherheitsmängel in den französischen Vororten auf, die sich nicht zuletzt infolge des steten Personalabbaus bei den Polizeikräften vergrößert hatten. Sarkozy versprach einen Kurswechsel, der sich durch eine enge Verzahnung innerer und äußerer Sicherheit auszeichnen sollte. Sinnbildlich hierfür stand sein angekündigter Gesetzesvorschlag, Polizei und Gendarmerie als verlängerten Arm der französischen Armee zusammenzuführen und deren Ressourcen um 6 Milliarden Euro aufzustocken.²⁹

Jacques Chirac wollte dieses Thema nicht seinem gaullistischen Parteirivalen Nicolas Sarkozy allein überlassen. Sichtbares Zeichen dafür war seine Initiative, den »Nationalen Rat für innere Sicherheit« wiederzubeleben, in dem verschiedene Ministerien zusammenarbeiteten, unter anderem die Ministerien für Inneres, Soziales und Justiz, das Außen- und das Verteidigungsministerium. Auch das Ende Mai 2002 stattfindende deutsch-französische Gipfeltreffen wusste Chirac für den Parlamentswahlkampf zu nutzen. In Gesprächen mit Gerhard Schröder präsentierte er den neuen innenpolitischen Kurs als offensive Strategie gegen den Zuwachs rechtsradikaler Kräfte, obwohl Kritiker diese Kehrtwende gerade als Zugeständnis an Le Pens Forderungen verstanden. Zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler demonstrierte Chirac Einigkeit bei der Verteidigung demokratischer Werte und versicherte, das Thema Einwanderung nicht den rechtsextremen Kräften zu überlassen: »Man muß auf effiziente Weise die mafiösen Systeme bekämpfen, die auf völlig unmenschliche Weise die Einwanderung in unsere Länder organisieren.«³⁰

Schon während des Parlamentswahlkampfes 2002 trat Nicolas Sarkozy aus dem Schatten des Staatspräsidenten heraus und nutzte die erweiterten Kompetenzen des Innenministeriums, um sich auch auf europäischer Ebene zu profilieren. So vereinbarte er mit dem deutschen Innenminister Otto Schily eine engere Zusammenarbeit zwischen der deutschen und fran-

²⁵ »Rechtsextremist Le Pen triumphiert in Paris«, in: *Handelsblatt*, 22.4.1998, S. 5.

²⁶ »Gesicherte Wiederwahl Präsident Chiracs. Neue Cohabitation wegen Le Pens Wahltriumph?«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 23.4.1998, S. 1.

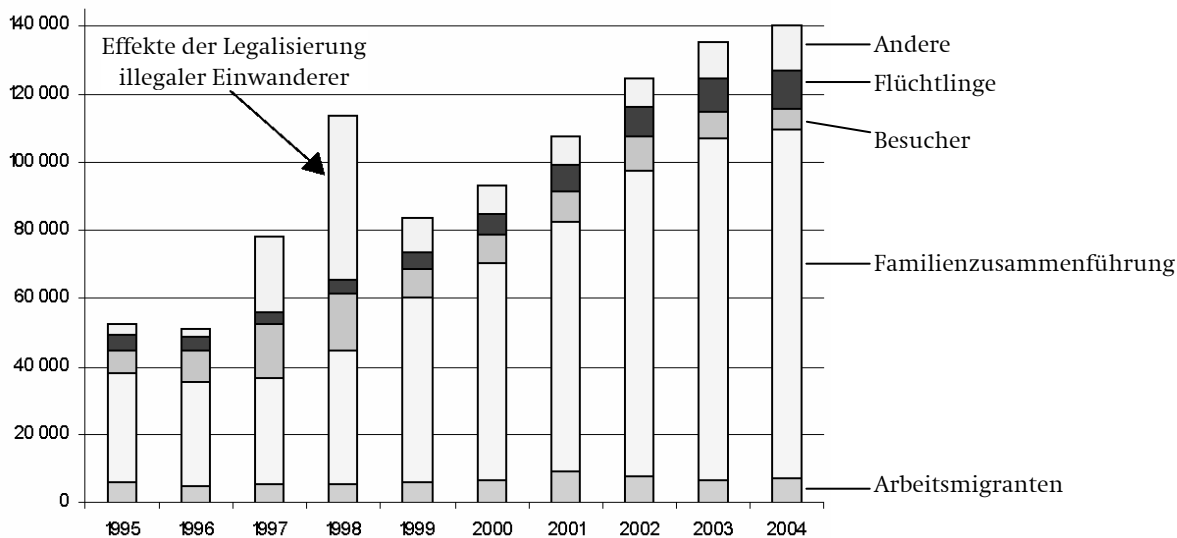
²⁷ »Premierminister Raffarin stellt sein neues Kabinett vor«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.5.2002, S. 2.

²⁸ »Neue Pläne für die innere Sicherheit. Null Toleranz auf Französisch«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.7.2002, S. 9.

²⁹ »Innere Sicherheit entscheidet Wahl in Paris«, in: *Handelsblatt*, 27.5.2002, S. 6.

³⁰ »Einwanderung besser kontrollieren«. Schröder und Chirac fordern Vorgehen gegen Schlepperbanden«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.5.2002, S. 6.

Abbildung 3
Jährliche Zuwanderung in absoluten Zahlen, 1995–2004



Quelle: *Immigration et présence étrangère en France en 2005. Rapport annuel de la direction de la population et des migrations*, Paris 2005, S. 5.

zösischen Grenzpolizei im Kampf gegen die Kriminalität. Wesentlich größere Schlagzeilen machte Sarkozy, als er sich der Probleme des Flüchtlingslagers Sangatte annahm. Als erster französischer Politiker besuchte er diese französische Unterkunft des Roten Kreuzes für Asylsuchende bei Calais. Diese war 1999 eingerichtet worden und bot Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Irak, Afghanistan, Sudan und Kosovo Unterschlupf, die illegal nach Großbritannien einreisen wollten. Mit diesem Besuch konnte Sarkozy einerseits öffentlichkeitswirksam die Defizite der sozialistischen Vorgängerregierung demonstrieren, die einer Lösung aus dem Weg gegangen war. Andererseits wollte er dem Vorwurf begegnen, Frankreich toleriere die illegale Migration. So forderte er kurzerhand die Schließung des Lagers binnen eines Jahres.

Das Beispiel der illegalen Einwanderer am Ärmelkanal zeigt jedoch, wie einfache Antworten in Wahlkampfzeiten Probleme womöglich nur verlagern oder am Ende gar nicht lösen können. Nachdem Nicolas Sarkozy im Juni 2002 seine Partei im Parlamentswahlkampf zum Erfolg geführt hatte, setzte er mit der Regierungsmehrheit im Rücken die angekündigte Schließung des Flüchtlingslagers Sangatte um. Diese Entscheidung räumte sicherlich einen Stolperstein in den französisch-britischen Beziehungen aus dem Weg. Fraglich bleibt aber, ob damit bereits der Ring krimineller Schlepperbanden zerschlagen werden konnte, die mit etwa 60 000 Flüchtlingen seit 1999 viel Geld

verdient hatten. Fest steht jedoch, dass humanitäre Aspekte bei diesem Unternehmen keine Rolle spielten. Schon mehr als einen Monat vor der Schließung des Lagers blieben die Tore für Asylsuchende versperrt. Selbst die von Menschenrechtsorganisationen eingerichteten Notunterkünfte wurden von der Polizei geräumt und hunderte von Migranten der Obdachlosigkeit preisgegeben.³¹ Innerhalb des darauf folgenden Halbjahrs strandeten noch über 7000 Asylsuchende in der Gegend von Calais.

Sarkozy verteidigte seine harte Haltung gegenüber den geschätzten 400 000 in Frankreich lebenden illegalen Einwanderern unter anderem damit, dass die legale Zuwanderung Vorrang habe und Frankreich eine gezielte Immigration von rund 100 000 Arbeitskräften jährlich brauche. Sie könnten vor allem in solchen Branchen unterkommen, die Franzosen wegen der geringen Bezahlung zunehmend mieden, wie zum Beispiel im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und der Gastronomie.³² Mit diesen Vorschlägen grenzte sich Sarkozy deutlich von seinem Vorgänger Charles Pasqua sowie von Jean-Marie Le Pen ab, die in der Vergangenheit für einen völligen Einwanderungs-

31 »Ein Signal an die Welt, das bei den Flüchtlingen nicht ankam. Frankreich schließt das Lager Sangatte am Euro-tunnel und nimmt sich erst nach Tagen der umherirrenden Migranten an«, in: *Frankfurter Rundschau*, 12.11.2002, S. 1.

32 »Mit aller Härte und Herzlichkeit: Paris strebt neue Zuwanderungspolitik an«, in: *Handelsblatt*, 21.8.2003, S. 4.

stopp plädiert hatten. Dies ist allerdings kein überzeugendes Argument für eine kompromisslose Haltung gegenüber den »sans papiers«. Gerade im Niedriglohnsektor könnten illegale Migranten eine offizielle Anstellung und damit einen Weg aus der Illegalität finden. Denn selbst eine Politik der harten Hand tut sich schwer, die Abschiebungsrate von etwa 17 Prozent unter den illegalen Migranten entscheidend zu erhöhen.

Von Anfang an schenkte Sarkozy einer bestimmten Gruppe Einwanderer besondere Aufmerksamkeit, nämlich denjenigen nordafrikanischer Herkunft, die in der Mehrzahl muslimischen Glaubens sind. Deren Zahl wird auf 4 bis 5 Millionen geschätzt. Abgesehen von den Einwanderungsstatistiken gibt es allerdings in Frankreich hierzu keine gesicherten Daten. Entsprechend dem Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat aus dem Jahre 1905 wird die Bevölkerung zum Beispiel in Volkszählungen nicht nach ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit befragt. Im Übrigen erheben auch deutsche Behörden keine Daten zur ethnischen oder religiösen Identität, um die Betroffenen vor Diskriminierung zu schützen. Im Unterschied zu Deutschland genießen die Religionsgemeinschaften in Frankreich jedoch nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, so dass ihnen von staatlicher Seite keine besondere gesellschaftliche Rolle zugestanden wird. In den letzten Jahrzehnten hat die katholische Kirche allerdings ihre bevorzugte Stellung, die sie vor 1905 innehatte, zurückgewinnen können. Mit ihren rund 10 000 Privatschulen trägt sie heute entscheidend zur Gymnasialbildung bei.³³ Vor allem hieraus leiten muslimische Verbände ihren Vorwurf einer Ungleichbehandlung ab und fordern mehr öffentliche Unterstützung insbesondere bei der Einrichtung von Moscheen und Schulen.

Auch bei diesem kontrovers diskutierten Thema kündigte Sarkozy schon kurz nach den Parlamentswahlen im Jahre 2002 eine Kehrtwende in der französischen Innenpolitik an. Dabei griff er den Vorschlag seiner Vorgänger auf, die Muslime in Frankreich bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, den Islam zu institutionalisieren. Zuletzt war diese Idee 1999 von Jean-Pierre Chevènement lanciert worden,³⁴ hatte jedoch unter der sozialistischen Regierung keine Mehrheit gefunden. Sarkozy dagegen erhielt

³³ Sabine Riedel, *Muslims in der Europäischen Union. Nationale Integrationskonzepte im Vergleich*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2005 (SWP-Studie 10/2005), S. 15f.

³⁴ Jean-Paul Barquon, »Hundert Jahre Laizität in Frankreich«, in: *Gewissen und Freiheit*, (2005) 61, S. 19–41 (26).

für diesen Plan die notwendige Unterstützung, so dass am 20. Oktober 2002 eine schriftliche Vereinbarung mit muslimischen Vertretern über die Bildung eines Muslimrats getroffen wurde.³⁵ Voraussetzung dieses Dialogs war allerdings, dass die eingeladenen Muslime die verfassungsrechtlichen Grundlagen des bestehenden politischen Systems akzeptieren, insbesondere die französische Form der »laïcité« laut Gesetz aus dem Jahre 1905.

Mit dem Gesetz über das Verbot des Tragens religiöser Symbole vom 15. März 2004, das in Frankreich eine heftige Kopftuchdebatte auslöste, schien der Innenminister seinen harten Kurs gegenüber islamistischen Akteuren fortzusetzen. Dabei konnte er sich als konsequenter Verteidiger des französischen Modells der Trennung von Kirche und Staat präsentieren, der die muslimischen Einwanderer nun rechtzeitig zur Raison bringt. Doch im selben Jahr erschien sein Buch »La République, les religions, l'espérance«, in dem er selbst eine Revision des Trennungsgesetzes vorschlägt und die Frage nach einer staatlichen Finanzierung der »großen Kirchen« stellt: »Für mein Empfinden ist es an der Zeit, die Frage nach der staatlichen Finanzierung der großen Religionsgemeinschaften und der Gründung eines national-republikanischen Kultusministeriums zu stellen.«³⁶ Die Integrationsdebatte verstand Sarkozy daher zu nutzen, seine eigenen religiös motivierten, konservativen Wertvorstellungen entgegen der französischen Praxis in Politik zu gießen.

Integrationsminister Azouz Begag setzt auf Chancengleichheit

Schon kurz nach der Kopftuchdebatte wurde Nicolas Sarkozy von Staatspräsident Jacques Chirac zum Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie ernannt. Dieser weitere politische Aufstieg machte es möglich, dass er im November 2004 zum Vorsitzenden der Volksbewegungsunion (Union pour un Mouvement Populaire, UMP) gewählt wurde. Diese war im

³⁵ Intervention de Monsieur Nicolas Sarkozy, Ministre de l'intérieur, de la sécurité et des libertés locales, Publié le: 20/06/2002 – COMOR, vgl. <www.interieur.gouv.fr/misill/sections/a_1_interieur/le_ministre/interventions/archives-nicolas-sarkozy/20-06-2002-comor/view>.

³⁶ »À mon sens, il est temps de poser la question du financement national des grandes religions et celle de la formation »nationale républicaine« de ministres du culte.« (Nicolas Sarkozy, *La République, les religions, l'espérance*, Paris 2004, S. 148.)

Herbst 2002 aus dem Parteibündnis des Präsidenten, der Union pour la majorité présidentielle, hervorgegangen. Chiracs Kritik an dieser Ämterhäufung erweckt allerdings im Nachhinein den Eindruck, Sarkozy könnte auf diesem Wege weggelobt worden sein. Sein Rückzug aus der Regierungsverantwortung dauerte kaum ein halbes Jahr, bis er am 2. Juni 2005 als Innenminister ins Kabinett der Regierung de Villepin zurückkehrte.

In dieser zweiten Phase seiner Amtsperiode als Innenminister gelang es Nicolas Sarkozy nicht mehr wie zuvor, seine politischen Ziele in die offizielle Regierungspolitik einzubringen. Der Staatspräsident hatte ihm Azouz Begag als beigeordneten Minister für die Förderung von Chancengleichheit zur Seite gestellt.³⁷ Obwohl beide Persönlichkeiten zu jener Generation gehören, die als Kinder von Einwanderern in Frankreich geboren wurden, unterscheiden sie sich in ihren politischen Überzeugungen. Während Sarkozy auf seine adelige ungarische Abstammung und einen glatten Karriereaufstieg verweisen kann, präsentiert sich Begag ungeschminkt als Sohn algerischer Immigranten, aufgewachsen in einem Vorort von Lyon. Neben seiner Promotion in Wirtschaftswissenschaften und seiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmete er sich der Literatur und publizierte seither über 20 Romane, in denen er seine Erfahrungen als Einwandererkind zu Papier brachte.

Abbildung 4
Prozentanteil der Abschlussdiplome im Jahr 2005
(Stadtbewohner im Alter zwischen 15 und 64 Jahren)

Art des Abschlusses	unter Immi- granten	Gesamt- bevölkerung
Hochschule	13%	12%
zweijähriges Kurzstudium	5%	11%
Abitur/Fachhochschulreife	14%	17%
Berufsfachschule	13%	24%
Mittlere Reife	6%	11%
Ohne Abschlussdiplom	48%	25%
Insgesamt (in Tausend)	3440	39 792

Quelle: Marie-Béatrice Baudet, »Définir une politique d'immigration juste«, in: *Le Monde Economie*, 9.5.2007, S. 7.

Den entscheidenden Sprung in die unmittelbare Regierungsverantwortung hat Azouz Begag sicherlich seiner Publikation »La République à ciel ouvert« vom

³⁷ Vgl. den offiziellen Titel: *Ministre délégué à la Promotion de l'égalité des chances*.

November 2004 zu verdanken. Noch als Mitarbeiter des Nationalen Instituts für wissenschaftliche Studien (Centre national de la recherche scientifique, CNRS) hatte er diesen Bericht im Auftrag des Innenministeriums verfasst und darin dezidiert zur Integrations-thematik Stellung bezogen. Bereits in der Einleitung nimmt er Bezug auf die Ideale der Französischen Revolution und leitet daraus das Konzept der Chancengleichheit für die französische Einwanderungspolitik ab.³⁸ Dabei stellt er fest, dass mit der Einwanderung aus Nordafrika infolge der Entkolonialisierung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine »sichtbare Immigration« entstanden sei.³⁹ Erst diese hätte Franzosen unterschiedlicher Herkunft geschaffen und im weiteren Verlauf zu einer Diskriminierung geführt. Den Titel seiner Studie »Die Republik mit offenem Himmel« versteht er als Metapher, dass diese ethnische Vielfalt der französischen Nation anzuerkennen sei und allen Franzosen die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs gegeben werden müsse. In diesem Sinne plädiert er dafür, die staatlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung ebenfalls äußerlich kenntlich zu machen, indem mehr Franzosen aus der »sichtbaren Einwanderung« in den öffentlichen Dienst übernommen werden, vor allem von Polizei und Gendarmerie.⁴⁰ Dennoch hält er wenig von Quotenregelungen, wie sie etwa in Modellen zur positiven Diskriminierung für Minderheiten vorgeschlagen werden. Er bleibt dem politischen Nationsverständnis treu, welches die französische Nation nicht nach ethnischen Kriterien in Minderheiten und Mehrheiten aufteilt.

Mit diesem Plädoyer für das republikanische Prinzip der Chancengleichheit grenzte sich Azouz Begag von Innenminister Sarkozy ab, der bereits seit 2002 in öffentlichen Debatten verschiedene Maßnahmen der positiven Diskriminierung forderte, zum Beispiel Bewerbungsunterlagen künftig nicht mehr zu anonymisieren. So lud Sarkozy für den 26. Oktober 2005 zu einer öffentlichen Diskussionsrunde ein, die unter dem Motto stand: »Positive Diskriminierung à la française – für eine reale Chancengleichheit«.⁴¹ In diesem

³⁸ Vgl. französisch: »le combat pour l'égalité des chances«, in: Azouz Begag, *La République à ciel ouvert*. Rapport pour Monsieur le ministre de l'Intérieur, de la sécurité et des libertés locales, November 2004, S. 7; vgl. <<http://lesrapports.ladocumentationfrancaise.fr/BRP/044000615/0000.pdf>>.

³⁹ Vgl. französisch: »immigration visible«, in: ebd., S. 6.

⁴⁰ Vgl. französisch: »ascenseur social«, in: ebd., S. 6 und S. 15f.

⁴¹ *Un défi républicain: la discrimination positive à la française*, Intervention de M. Nicolas Sarkozy, Paris, 26.10.2005,

Zusammenhang wies er darauf hin, dass es in der gesellschaftlichen Praxis bereits Maßnahmen positiver Diskriminierung gebe, etwa dass Familien aus französischen Hoheitsgebieten oder aus benachteiligten Stadtvierteln Steuervorteile genössen und durch die Gesetzesänderung im Jahre 2000 Quoten für Frauen eingeführt worden seien.⁴²

Abbildung 5

»Integration und Chancengleichheit fördern«,
Deutsch-Französisches Jugendwerk, Stiftung
Genshagen, Tagungsdokumentation, 14.-17.9.2006



Deutsch-Französisches Jugendwerk
Office franco-allemand pour la Jeunesse

Quelle: Siehe Fn. 43.

Statt Sonderregelungen für Einwanderer maghrebinischer Herkunft auszubauen, beharrte Azouz Begag auf dem republikanischen Ideal der Chancengleichheit und förderte Gesetzesinitiativen, um Diskriminierung zu verfolgen. Auf dieser Basis initiierte er am 14. März 2006 mit der deutschen Staatsministerin Maria Böhmer, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, eine deutsch-französische Zusammenarbeit: »Chancengleichheit und Integration bedeuten, gegen alle Formen der Diskriminierung anzugehen und zur Anerkennung von Vielfalt beizutragen, einer Vielfalt auf der Grundlage der allen gemeinsamen Kenntnis und der Werte unserer Demokratien.«⁴³ Dabei stand der Erfahrungsaustausch auf

vgl. <www.interieur.gouv.fr/misill/sections/a_1_interieur/le_ministre/interventions/archives-sarkozy-2005-2007/26-10-2005-discrimination/view>; vgl. auch Tahar Ben Jelloun, »Verbrannte Erde. Denn sie wissen, was sie tun: Warum junge Franzosen auf die Barrikaden gehen«, in: *Die Zeit*, 10.11.2005.

⁴² *Un défi républicain: la discrimination positive à la française* [wie Fn. 41]; vgl. auch: Philippe Crevel/Norbert Wagner, *Kommunitarismus in Frankreich. Das Ende des Integrationsmythos?*, Paris: Konrad-Adenauer-Stiftung, November 2004, S. 12.

⁴³ Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Der Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit: *Integration und Chancengleichheit*

dem Gebiet der Integrationspolitik beider Länder im Mittelpunkt. Doch sollten auch konkrete Handlungsoptionen für Akteure auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und Politikfeldern erarbeitet werden.

Streit um das koloniale Erbe Frankreichs

Jean-Marie Le Pens Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 2002 mit rund 18 Prozent der Stimmen machte deutlich, dass die nationalistische Ideologie immer noch über eine recht hohe Anhängerschaft verfügt. Sie bedient sich im Falle Frankreichs vor allem eines Geschichtsbildes, das der eigenen Nation eine Führungsrolle im weltweiten Zivilisationsprozess zuschreibt. In diesem Zusammenhang wird der Verlust der kolonialen Herrschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch immer als schmerzliche Niederlage für die Nation empfunden. Diese Faktoren sind wohl die wichtigsten Ursachen für die fortbestehenden rassistischen Vorurteile und für die Diskriminierung von Einwanderern aus Nordafrika. Sie sind umgekehrt aber auch verantwortlich für das gespannte Verhältnis der Einwanderer gegenüber Frankreich und den Franzosen.

Vieles weist darauf hin, dass die These von der Überlegenheit der französischen Kultur gegenüber den ehemaligen Kolonien bis heute von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt wird, auch wenn diese nicht unmittelbar der nationalistischen Ideologie anhängt. Ein deutlicher Hinweis hierfür war das Gesetz vom 23. Februar 2005 zur Neuregelung des Curriculums für den Geschichtsunterricht. Artikel 4 schrieb vor, die Lehrpläne hätten »die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, namentlich in Nordafrika« anzuerkennen.⁴⁴ An dieser neuen Vorschrift, die von der konservativen Regierung auf den Weg gebracht worden war, hatte nicht einmal die linke Opposition etwas auszusetzen. Das Gesetz wurde von der Nationalversammlung in zweiter Lesung ohne Gegenstim-

fördern, Deutsch-Französisches Jugendwerk, Stiftung Genshagen: Tagungsdokumentation, 14.-17.9.2006, S. 6; vgl. unter: <www.dfi.de/de/pdf/integration/broschuere_integration.pdf>.

⁴⁴ Vgl. »Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord, [...]« Zitiert nach: Assemblée nationale, *Projet de loi portant reconnaissance de la Nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés*, Texte définitif, Article 4, 10.2.2005, S. 2, <www.assemblee-nationale.fr/12/pdf/ta/ta0389.pdf>.

men angenommen. Kritische Nachfragen kamen lediglich von zwei Ministern: Azouz Begag, dessen Eltern aus Algerien stammen, und Léon Bertrand aus Französisch-Guyana.⁴⁵

Die Volksvertreter konnten offenbar nicht voraussehen, welche Debatte sie damit ins Rollen bringen sollten. Anfänglich blieb der Protest auf einen akademischen Diskurs begrenzt, der sich gegen jede Einmischung der Politik in die Geschichtswissenschaft wehrte. Doch der Appell an die Regierung, den genannten Artikel 4 zurückzunehmen, erreichte im Verlauf des Jahres 2005 ein immer größeres Publikum, bis der Streit schließlich Mitte November kulminierte. In einer Petition kritisierten 19 renommierte Historiker die Geschichtspolitik der Regierung: »In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, die historische Wahrheit zu definieren.«⁴⁶ In diesem Sinne stellten sie weitere Gesetze in Frage, die mit Hilfe einer angedrohten Strafverfolgung historische Ereignisse politisch bewerten, so die »Leugnung der Shoah (13.7.1990), die Anerkennung der Tatsache des Völkermords an den Armeniern (29.1.2001), die Qualifizierung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (21.5.2001)«.⁴⁷

Auf dem Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen formierte sich nun auch in der Nationalversammlung eine linke Opposition aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und Trotzisten, die noch Monate zuvor dem Gesetz zugestimmt hatten.⁴⁸ Eine Petition der Sozialistischen Partei zog schließlich am 29. November 2005 eine ausführliche Parlamentsdebatte über die Streichung des Artikels 4 nach sich,⁴⁹ was die Regierung in große Bedrängnis brachte. Premierminister Dominique de Villepin schlug vor, das Gesetz zu einer Verordnung herabzustufen, doch Staatspräsident Chirac zog kurzerhand einen Schlussstrich unter diese

⁴⁵ »Chirac für Sklavengedenktag. Der Präsident um Versöhnung im Streit um Kolonialerbe bemüht«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.12.2006, S. 7.

⁴⁶ Marc Zitzmann, »Altlasten des Kolonialismus. In Frankreich wird über Geschichtspolitik und Gesetzgebung diskutiert«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.12.2005, S. 25.

⁴⁷ Zitiert nach ebd.

⁴⁸ Jean-Baptiste Montvalon, »Mémoire et histoire, examen critique ou repentance: le débat fait désormais rage«, in: *Le Monde*, 14.12.2005, S. 10.

⁴⁹ Vgl. »Abrogation de l'article 4 de la loi du 23 février 2005 relative aux français rapatriés. Discussion d'une proposition de loi«. Zitiert nach: Assemblée nationale, Première séance du mardi 29 novembre 2005, <www.assemblee-nationale.fr/12/cr/2005-2006/20060081.asp>.

Debatte, indem er das Gesetz Ende Januar 2006 per Dekret annullierte. Diese Entscheidung wurde allgemein als kluger Schachzug Chiracs gewertet, weil er damit nicht nur den innenpolitischen Schaden begrenzte. Auch für die französische Außenpolitik hatte das Gesetz unmittelbare Konsequenzen. So war es zu Verstimmungen mit Algerien gekommen, woraufhin sogar der französisch-algerische Freundschaftsvertrag auf Eis gelegt wurde.⁵⁰

Abbildung 6

M. Chirac invite la France à assumer toute son histoire [M. Chirac fordert Frankreich auf, seine ganze Geschichte zu akzeptieren]



Quelle: *Le Monde*, 31.1.2006, S. 9.

Jacques Chirac bemühte sich um Schadensbegrenzung und trat mit neuen Vorschlägen zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit an die Öffentlichkeit. In einer Rede am 30. Januar 2006 proklamierte er den 10. Mai zum nationalen Gedenktag für die Verbrechen der Sklaverei. Darin stellte er unmissverständlich fest, die Sklaverei habe den Rassismus genährt, weil die rassistische Ideologie Verbrechen gerechtfertigt habe, die nicht zur rechtfertigen waren.⁵¹ Als weiterer Schritt zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit wurde der Vorschlag zur

⁵⁰ »Chirac annulliert das Kolonialerbe-Gesetz. Ersatzlose Streichung auf außerparlamentarischem Weg«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.1.2006, S. 2.

⁵¹ Vgl. »L'esclavage a nourri le racisme«, in: »Jacques Chirac, Président de la République, Partager la mémoire de l'esclavage«, in: *Le Monde*, 30.1.2006, S. 21.

Einrichtung eines Museums unter der Bezeichnung »Cité nationale de l'histoire et de l'immigration« aufgefunden. Nach einem Beschluss des Ministerrats fand es ab April 2007 im Palais de la Porte Dorée am Fuße des Eiffelturms seinen Platz. Dieses Gebäude wurde zwar 1931 als Kolonialmuseum im alten imperialen Glanz errichtet, musste seine Kunstschatze später jedoch an das benachbarte Musée du quai Branly abgeben.⁵² Das als Museum zur Geschichte der Einwanderung neu eröffnete Palais möchte diese Kunstausstellung nun mit einer kritischen Aufarbeitung der Kolonialzeit verbinden und diese Stätte der Forschung und dem Unterricht öffnen.⁵³

Erfahrungen aus den Unruhen vom November 2005

Auch heute noch ist die Frage offen, ob sich Staatspräsident Jacques Chirac allein durch die Initiative der parlamentarischen Opposition dazu veranlasst sah, Anfang 2006 eine solche Kehrtwende in der Einwanderungsdebatte zu vollziehen. Sehr wahrscheinlich haben die gewaltsamen Ausschreitungen in den französischen Vorstädten dazu beigetragen, dass die politische Elite seither sensibler mit den Themen Immigration und Integration umgeht. Der unglückliche Tod zweier Jugendlicher hatte am 27. Oktober 2005 einen Aufruhr losgetreten, in dem bis zum 17. November 2005 über 9000 Autos angezündet, zahlreiche Geschäfte, Einkaufszentren und öffentliche Gebäude verwüstet und etwa 2800 Randalierer festgenommen wurden. Der Gesamtschaden wird auf über 200 Millionen Euro geschätzt.

Anfangs war die Regierung davon überzeugt, die Unruhen würden auf das Pariser Département Seine-Saint-Denis beschränkt bleiben. Sichtbarer Ausdruck dieser Haltung war die Reaktion von Innenminister Nicolas Sarkozy, der die Straftäter leichtfertig als »Gesindel« bezeichnete und ein hartes Durchgreifen mit Polizeieinsätzen androhte. Nach wiederholten Angriffen auf Polizeikräfte hatten viele Abgeordnete mit Nachdruck ein solches Vorgehen gefordert.⁵⁴ Erst als die Ausschreitungen fast alle Großstädte erfasst hatten, so Marseille, Toulouse, Dijon, Lyon, Nantes

⁵² Vgl. Musée du quai Branly, <www.quaibrantly.fr>.

⁵³ Vgl. Cité nationale de l'histoire et de l'immigration, <www.histoire-immigration.fr>.

⁵⁴ »Gewalteskalation in der Banlieue von Paris. Schüsse auf Polizisten und Feuerwehrleute«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4.11.2005, S. 1.

und Rennes, schaltete sich der Staatspräsident direkt in die Regierungspolitik ein. Doch statt jenen Stimmen zu folgen, die wie Sozialminister Jean-Louis Borloo das Gespräch mit den Jugendlichen suchten, schwenkte Chirac auf den harten Kurs des Innenministers ein. Im Einvernehmen mit der Regierung verhängte er für zwölf Tage den Ausnahmezustand. Dabei stützte er sich auf ein Gesetz vom 3. April 1955 aus der Zeit des Algerienkriegs, womit er nach Meinung des Dachverbands der französischen Gewerkschaften die Einwanderer nordafrikanischer Herkunft zumindest symbolisch zu »inneren Feinden« erklärte.

Auch wenn diese Kritik überzogen anmutet, trug dieser Schritt kaum zur Deeskalation bei, sondern ermutigte im Gegenteil Nicolas Sarkozy, seinen Katalog drastischer Gegenmaßnahmen zu erweitern. Ab sofort sollten ausländische Gewalttäter trotz Aufenthaltserlaubnis abgeschoben werden.⁵⁵ Schließlich schien sogar eine Verlängerung des Notstandes um drei Monate notwendig, um der Lage Herr zu werden. Dafür wandte sich Chirac erstmals seit Beginn der Unruhen in einer Fernsehansprache an die Öffentlichkeit, in der er sich nicht scheute, die Hauptursache der Gewaltexzesse zur Sprache zu bringen, nämlich die sozioökonomischen Defizite der Integration. Diese Ursachenanalyse wusste Sarkozy zu nutzen, um den Sozialisten Versäumnisse in ihrer Amtszeit vorzuwerfen und sie für die Entstehung der »Banlieue-Ghettos« mitverantwortlich zu machen.⁵⁶

Kaum hatte das Notstandsgesetz die parlamentarische Mehrheit erhalten, so dass es am 21. November 2005 in Kraft treten konnte, verebten die Ausschreitungen allmählich. Neben dem entstandenen Sachschaden lässt sich nüchtern bilanzieren, dass sich die Regierung mit ihrer Politik des harten Durchgreifens selbst zur Zielscheibe der Randalierer gemacht hatte. Wie die Erfahrungen von Fernsehteams bestätigten, haben die gewaltbereiten Jugendlichen die Reaktion der Sicherheitskräfte in ihre Gewaltstrategien einkalkuliert. »Die Medien kommen, wenn sie Autos verbrennen. Und je mehr man verbrennt, desto mehr

⁵⁵ Unter den 1800 Gewalttätern, die bis zum 10. November 2005 festgenommen wurden, befanden sich 120 Ausländer (= 6,6 Prozent) mit und ohne Aufenthaltsberechtigung. Vgl. hierzu: Gerd Kröncke, »Minister fürs Grobe. Nicolas Sarkozy: Frankreichs ehrgeiziger Krisenmanager im Dauerstress«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.11.2005.

⁵⁶ »Frankreichs Parlament billigt den Notstand. Dreimonatige Verlängerung beschlossen«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 16.11.2005, S. 2.

kommen«,⁵⁷ stellte der bereits genannte französische Soziologe Michel Wieviorka dazu fest. Dabei wurde in den Medien vor allem ein bestimmtes Bild transportiert, nämlich das eines Innenministers, der jedem Dialog aus dem Weg ging. Dies musste in den Augen der Einwanderer erst recht ihre Rolle als Außenseiter der Gesellschaft bestätigen und eher eine Solidarisierung mit den Gewalttaten als eine Kritik an ihnen hervorrufen.

Die Grenzen dieser Strategie von »law and order« werden sichtbar, wenn man die Unruhen vom November 2005 in einem größeren Kontext betrachtet. Seit geraumer Zeit wächst die Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen der französischen Vorstädte. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 wurden im Umkreis von Lyon 800 Autos zerstört. Im Pariser Département Seine-Saint-Denis wurden vor dem Ausbruch der Unruhen jede Nacht zwischen 20 und 40 Autos in Brand gesteckt. Der französische Philosoph Jean-François Mattéi spricht in diesem Zusammenhang von einer »Banalisierung der Gewalt« und warnt die französische Gesellschaft vor einem Rückfall in die Barbarei, vor einem »intellektuellen und sozialen Rückschritt«. ⁵⁸ Dabei weckt er zwar Verständnis für die harte Haltung des Innenministers, bleibt allerdings die Antwort darauf schuldig, mit welchen Instrumenten man der Gewalt effektiv begegnen kann.

Das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung wird jedoch mit einer Aufrüstung von Polizei und Gendarmerie nur oberflächlich erfüllt. Für eine Lösung der vielschichtigen gesellschaftlichen Probleme bedarf es eines mehrdimensionalen Ansatzes, wie er nicht zuletzt vom ehemaligen Integrationsminister Azouz Begag vertreten wurde. Er brachte ein Gesetz für Chancengleichheit auf den Weg, das die Nationalversammlung am 8. März 2006 in erster Lesung verabschiedete. ⁵⁹ Darin wurden zahlreiche Bestimmungen zur Ausbildung, zum Arbeitsrecht sowie zur Sozial- und Kommunalpolitik modifiziert. Dieses Gesetz war bereits am 10. Februar 2006 angenommen worden, jedoch in einer erweiterten Fassung. Die Regierung hatte diese Gelegenheit genutzt, um ihr Projekt eines befristeten Vertrags zur Ersteinstellung (*Contrat première embauche*, CPE) ohne

Abstimmung durch die Nationalversammlung zu bringen. ⁶⁰ Sie versprach, mit einer Lockerung des Kündigungsschutzes mehr Arbeitsplätze für Jugendliche aus den benachteiligten Vorstädten zu schaffen. Nach wochenlangen Protestaktionen an den Hochschulen des Landes musste die Regierung ihren Plan aufgeben. Mit dieser Instrumentalisierung hat sie dem Gesetz für Chancengleichheit einen schlechten Dienst erwiesen. Schließlich ist fraglich, ob die vorgesehene Lockerung des Kündigungsschutzes angesichts einer offiziellen Arbeitslosenrate von 30 bis 40 Prozent unter den Einwanderern tatsächlich der Chancengleichheit gedient hätte.

Der alltäglichen Gewalt, die mehr oder weniger von einer Handvoll Jugendlicher inszeniert wird, steht eine resignierte Mehrheit gegenüber. ⁶¹ Deshalb haben nur wenige der »banlieusards« den Aufstieg in einer politischen Partei geschafft, so dass es naheliegt, über Alternativen zum republikanischen Modell nachzudenken. Doch fällt ins Auge, dass in den Debatten um Einwanderung und Integration gerade von jenen ein gruppenspezifisches Herangehen vorgeschlagen wird, die in der Wirtschaftspolitik ganz auf das Engagement des Individuums setzen. In diesem Sinne verfolgte Innenminister Nicolas Sarkozy mit seiner Sympathie für den Multikulturalismus das Ziel, die Eliten verschiedener Gemeinschaften in die Pflicht zu nehmen, und versprach ihnen im Gegenzug politische Mitwirkung. Am Beispiel der Unruhen vom November 2005 lässt sich jedoch beobachten, wie wenig Wirkung dieses alternative Modell der repräsentativen Demokratie zeitigt. Die muslimischen Verbände haben kaum noch Einfluss auf die Jugendlichen der Banlieues. »Die Adoleszenten [Jugendlichen] hätten kaum rudimentäre Kenntnisse des Islam, seien weit mehr von der Hip-Hop-Kultur und von ihrem Medienkonsum beeinflusst als von islamischen Werten«, ⁶²

⁶⁰ Assemblée nationale, *Projet de loi pour l'égalité des chances*, 10.2.2006, <www.assemblee-nationale.fr/12/pdf/ta/ta0534.pdf>; vgl. Französische Botschaft (Hg.), *Frankreich-Info: Der Ersteinstillungsvertrag (CPE) und das Gesetz zur Chancengleichheit*, Berlin, 23.3.2006, <www.botschaft-frankreich.de/IMG/egalite_chance.pdf>.

⁶¹ »Les émeutiers: entre violence et résignation. Témoignage de Yazid Kherfi, recueilli par Véronique Le Goaziou«, in: Laurent Mucchielli/Véronique Le Goaziou (Hg.), *Quand les banlieues brûlent ... Retour sur les émeutes de novembre 2005*, Paris 2006, S. 87–97 (95).

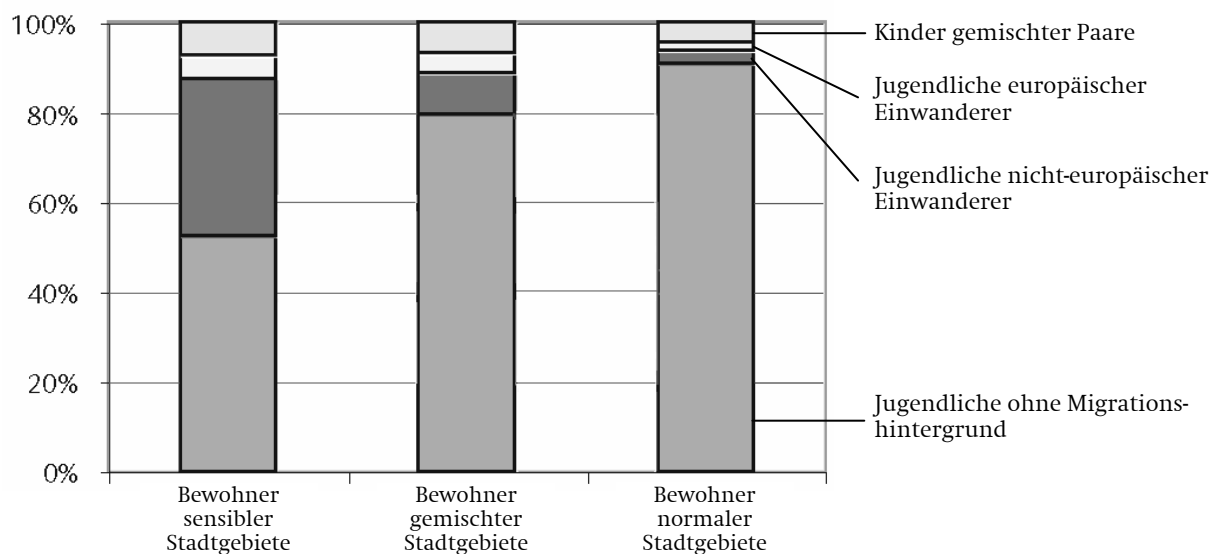
⁶² Beat Staufer, »Lichtjahre entfernt« – und doch involviert. Muslimische Organisationen und die Unruhen in Frankreich«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.11.2005, S. 35.

⁵⁷ »Das republikanische Modell ist zerfallen« [wie Fn. 14], 12.11.2005, S. 17.

⁵⁸ Vgl. »banalisation de la violence« bei: Jean-François Mattéi, »Violences urbaines, crescendo dans la barbarie«, in: *Le Figaro*, 3.11.2005, S. 14.

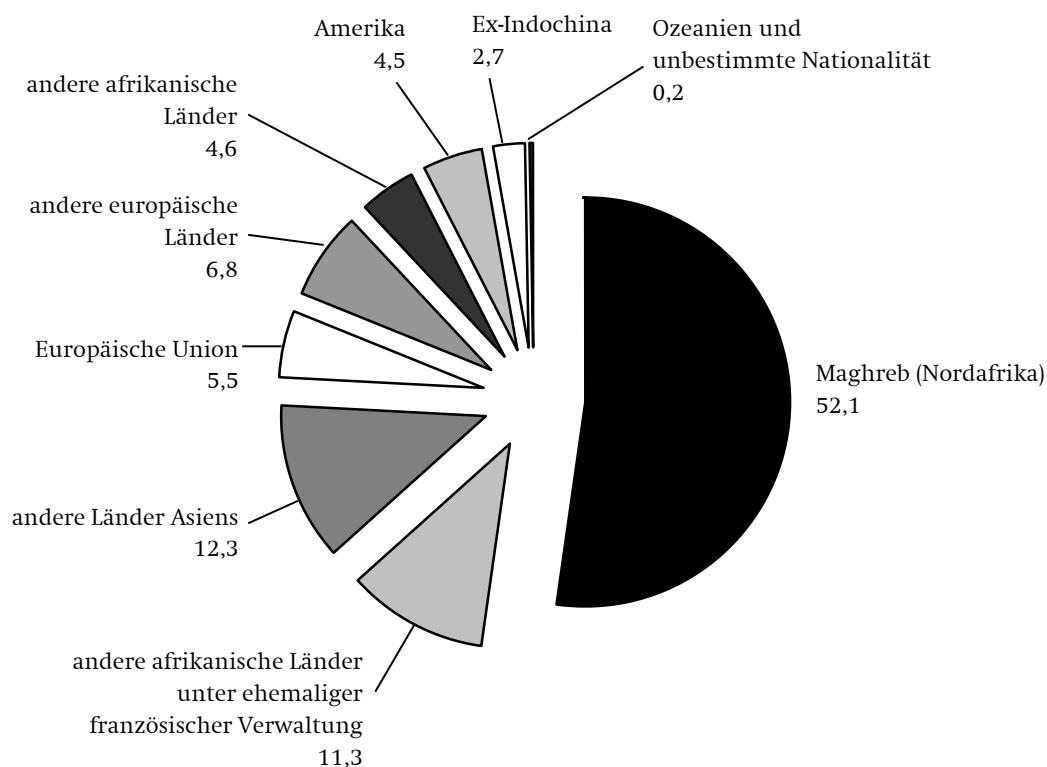
⁵⁹ Assemblée nationale, *Projet de loi pour l'égalité des chances*, 8.3.2006, <www.assemblee-nationale.fr/12/pdf/ta/ta0548.pdf>.

Abbildung 7
Jugendliche Immigranten 1998 in verschiedenen Stadtgebieten



Quelle: Observatoire national des Zones urbaines sensibles, *Rapport 2006*, Paris 2007, S. 211.

Abbildung 8
Geographische Herkunft derjenigen Gruppen, die 2005 die französische Staatsbürgerschaft erhalten haben



Quelle: Ministère de l'emploi, de la cohésion sociale et du logement, *Rapport annuel de la sous-direction des naturalisations*, Paris 2005, S. 21.

paraphrasiert die *Neue Zürcher Zeitung* eine Aussage des Präsidenten des Regionalrats der Muslime in der Region Mulhouse, Benabdallah Soufari.

Das Elitenmodell des Innenministers verfehlt auch deshalb seine Wirkung, weil nur etwa 10 Prozent der Einwanderer aus muslimischen Ländern einem der Verbände angehören, die im landesweiten Muslimrat (Conseil français du culte musulman, CFCM) vertreten sind. Nach dessen Wahl im April 2003 und Juni 2005 kamen in der Mehrheit Organisationen zum Zuge, die entweder keinen klaren Trennstrich zwischen Islam und Politik ziehen, so zum Beispiel die Union des organisations islamiques de France (UOIF) der algerischen Muslime, oder die von ausländischen Regierungen finanziert werden, zum Beispiel die marokkanische Fédération nationale des musulmans de France (FNMF) und die Grande mosquée de Paris (GMP) algerischer Muslime.⁶³ Über diese Organisationen vereinbart Frankreich mit den Regierungen der Herkunftsländer die Entsendung von Imamen. So erklärt sich, dass von den 1026 Imamen nur 2 Prozent in Frankreich geboren wurden und 20 Prozent die französische Staatsbürgerschaft besitzen. Dagegen sind 31 Prozent der Imame marokkanischer, 20 Prozent algerischer und 13,5 Prozent türkischer Nationalität.⁶⁴ Hier stellt sich nicht nur die Frage, ob der Muslimrat diese ausländischen Einflüsse gar noch verstärkt hat, sondern ob er überhaupt die Integrationschancen verbessern konnte. Nicht zuletzt bleibt die Legitimität des Muslimrats (CFCM) wie auch des Regionalrats der Muslime (Conseil régional du culte musulman, CRCM) zweifelhaft, da die Wahlverfahren die Vielfalt und Pluralität des Islam in Frankreich einleiten: »Diese neue Institution [CRCM] wird zudem von denjenigen abgelehnt, die an den Wahlen nicht teilnehmen konnten oder deren Besonderheiten vernachlässigt werden.«⁶⁵

Eine Gruppe, die unter den Muslimverbänden nur eine marginale Rolle spielt, sind die Einwanderer aus Zentralafrika, dem südlichen Afrika und den Überseegebieten. Kurz nachdem die Unruhen abgeebbt waren, traten sie als Vertreter der »sichtbaren Immigration«, die am stärksten rassistischen Angriffen

ausgesetzt sind, an die Öffentlichkeit. Sie gründeten am 26. November 2005 aus insgesamt 56 Vereinen einen Dachverband, den sie Conseil représentatif des associations noires (CRAN) nannten.⁶⁶ »Dessen Hauptziel ist es, die Gleichberechtigung für die ›Noirs de France‹ innerhalb der republikanischen Gesellschaftsordnung zu gewährleisten.«⁶⁷ Nach den Worten des Vorsitzenden Patrick Lozès geht es dem CRAN darum, durch eine intensivere Erinnerungsarbeit das geistige Erbe des Kolonialismus in Form rassistischer Einstellungen aufzudecken.

Die Debatten um diesen Dachverband greifen aber weniger das Anliegen des CRAN auf, den alltäglichen Rassismus zu thematisieren. Stattdessen diskutieren Journalisten, inwieweit diese Bewegung der Schwarzen das Thema Diskriminierung ethnisiert hat und so zu einer Veränderung des republikanischen Modells zugunsten des Multikulturalismus beiträgt. Nach Meinung des Soziologen Saïd Bouamama ist die soziale Wirklichkeit ethnisiert; während Patrick Lozès entgegen, gerade das republikanische Modell verhindere eine Auseinandersetzung mit dem Rassismus. Beide sehen die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung der Ethnizität, doch kämpfen sie in erster Linie gegen Segregation und Diskriminierung.⁶⁸

63 Vgl. ausführlich unter: <www.portail-religion.com/FR/dossier/islam/pratique/institutions/CFCM/index.php>.

64 »L'introuvable imam made in France«, in: *Le Nouvel Observateur*, 23.-29.3.2006.

65 Benoît Petit, »Die Muslime in der Region Midi-Pyrénées. Ein regionaler Auftakt zu einer europäischen Zukunft?«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 30 (2005) 1, S. 67-83 (67).

66 »Les noirs se rassemblent pour mieux compter«, in: *Libération*, 27.11.2005.

67 »Weiß wie die Baguette. Frankreich gedenkt der Sklaven, aber diskriminiert die Schwarzen«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.5.2006, S. 11; vgl. auch <www.lecran.org>.

68 Laetitia van Eeckhout, »Colonisés hier, immigrés aujourd'hui, citoyens demain«, in: *Le Figaro*, 18.1.2006, S. 3.

Kontroversen um Immigration und nationale Identität im Präsidentschaftswahlkampf 2007

Seitdem Nicolas Sarkozy Mitte März 2007 bekanntgegeben hatte, als Staatspräsident ein neues »Ministerium für Immigration und nationale Identität« einrichten zu wollen, gewann die Einwanderungs- und Integrationspolitik auch im diesjährigen französischen Wahlkampfmarathon zusehends an Aufmerksamkeit. Die dabei vorgetragenen Argumente werden hier entlang den drei unterschiedlichen Dimensionen von Immigration und Integration analysiert, wie sie zu Beginn dieser Studie vorgestellt wurden, das heißt der historischen, der sozioökonomischen und der politischen Dimension. Dabei sind insbesondere die relevanten Aussagen derjenigen Präsidentschaftskandidaten und ihrer Parteien zu berücksichtigen, die im ersten Wahlgang am 22. April 2007 über der Zehn-Prozent-Marke lagen.⁶⁹ Hierzu gehören neben Nicolas Sarkozy die Kandidatin der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste, PS), Ségolène Royal, der Vorsitzende und Kandidat der Union für die französische Demokratie (Union pour la Démocratie Française, UDF), François Bayrou, und schließlich Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender und Kandidat des Front National. Die Argumentationslinien der politischen Kontrahenten werden auch über dieses Wahljahr hinaus von Bedeutung sein und möglicherweise in weiteren innenpolitischen Kontroversen um Einwanderung und Integration erneut zum Vorschein kommen.

Die historische Dimension: Interpretationen der Geschichte

Zur historischen Dimension der Einwanderung und Integration hat der Präsidentschaftswahlkampf insgesamt wenig beigetragen. Im Gegensatz zum Jahr 2005, in dem über unterschiedliche Interpretationen der Kolonialgeschichte gestritten wurde, fanden sich 2007 in den Medien kaum Analysen, die sich mit der kolonialen Vergangenheit befassen oder diese in Zusammenhang mit der Einwanderungsthematik gebracht

⁶⁹ Vgl. die Meinungsumfragen und andere Dokumente im SWP-Dossier *Wahlen in Frankreich 2007*, zusammengestellt von Ronja Kempin und Simone Zander, <www.swp-berlin.org/de/brennpunkte/brennpunkte.php>.

hätten. Insbesondere die regierende UMP legte in der Immigrations- und Integrationspolitik kaum Wert auf die Beziehungen Frankreichs zu seinen ehemaligen Kolonien. Dies geht auf ihren Vorsitzenden Nicolas Sarkozy zurück. Er beantwortete in den letzten Jahren die Kritik von Seiten afrikanischer Staaten an Frankreichs Einwanderungspolitik damit, dass er Reisen einfach absagte, statt den Dialog aufzunehmen. Nicht zuletzt maß er den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum afrikanischen Kontinent im Gegensatz zu Jacques Chirac keine größere Bedeutung zu.⁷⁰

Als einziger der vier genannten Präsidentschaftskandidaten sah François Bayrou sein Land in einer besonderen Verantwortung gegenüber den ehemaligen Kolonien. Bayrou war seit 1998 Parteivorsitzender der bürgerlich-liberalen UDF, die allerdings seit der Abspaltung der Gaullisten im Jahre 2002 zur Gründung der UMP an politischem Einfluss verloren hat. So erreichte er bei den damaligen Präsidentschaftswahlen lediglich 6,8 Prozent der Stimmen. Dass er bei den Wahlen 2007 auf 18,6 Prozent kam, ist vor allem auf seine Strategie zurückzuführen, sich offensiv mit zentralen politischen Themen auseinanderzusetzen und dabei konkrete Vorschläge zu machen. Dazu gehören Konzepte zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und den afrikanischen Staaten sowie der nationalen Entwicklungspolitik. Seiner Ansicht nach hat Paris die Rolle der »Diaspora-Afrikaner in Frankreich« lange Zeit vernachlässigt.⁷¹ Diese gut ausgebildeten Einwanderer könnten als französische Staatsbürger und als Fachkräfte aus verschiedenen beruflichen Zusammenhängen bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Herkunftsländer mithelfen.

Dieser sach- und problemorientierte Ansatz, der den Einwanderern als Intermediären mit unterschiedlichen sprachlichen, religiösen und nationalen Identitäten eine positive Rolle in der französischen Gesell-

⁷⁰ Vgl. hierzu: »Chirac nimmt Abschied von Afrika. 24. französisch-afrikanisches Gipfeltreffen in Cannes«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12.3.2007, S. 3.

⁷¹ Vgl. »Les diaspora africaines en France«, in: François Bayrou, *Discours de clôture du colloque »Immigration«: pour une politique globale*, Paris, 22.2.2006; vgl. unter <www.udf.org/discours/fb_colloque_220206.html>.

schaft zugesteht, fand in der Wahlkampfdebatte zunehmend Gehör. Nachdem Sarkozy die Einrichtung eines »Ministeriums für Immigration und nationale Identität« angekündigt hatte, wurden die damit verbundenen Interpretationen zur Geschichte Frankreichs und zur »französischen Identität« von zahlreichen Experten kommentiert. Einige schlossen sich dem Historiker Pierre Nora an, der die nationale Identität der Franzosen zwar nicht als statische Größe betrachtet, doch Veränderungen nur über größere historische Zeiträume hinweg konzediert.⁷² Gegen ein solches Nationsverständnis, das durch die geschichtlichen Epochen determiniert werde, wandten sich in einem Streitgespräch Max Gallo, Autor historischer Romane, und Jean-Louis Bourlanges, stellvertretender Vorsitzender der UDF. Beide philosophierten darüber, dass ein solch starres Geschichtsbild nicht der Realität entspreche. Schon Fernand Braudel habe mit seinen Werken deutlich gemacht, dass die französische Identität eine »offene Identität« (*identité ouverte*) sei, das heißt weder fremdenfeindlich noch rassistisch. Sie befinde sich in ständiger Veränderung und würde demzufolge ohne neue Zuwanderung erstarren.⁷³

Diese Reflexionen über unterschiedliche Geschichtsbilder und deren Interpretationen haben allerdings nicht allzu viel zur direkten Auseinandersetzung mit der nationalistischen Ideologie des Front National beigetragen, die ihre politische Kraft gerade aus einem historischen Determinismus zieht. Denn im Kampf um Wählerstimmen präsentierte sich Jean-Marie Le Pen stets mit einer demokratisch anmutenden Rhetorik. Als Gründer und Vorsitzender des Front National beteiligte sich Le Pen bereits zum fünften Mal an den Präsidentschaftswahlen. Nur im Jahre 1981 verfehlte er die notwendigen 500 Unterschriften von Bürgermeister und Abgeordneten. Auch 2007 hatten die Sozialisten ihre Amtsträger aufgefordert, Le Pen die Unterschrift zu verweigern und so seine Bewerbung um das höchste Staatsamt zu verhindern. Nicolas Sarkozy sprach sich dagegen für eine Kandidatur Le Pens aus.⁷⁴

Bereits in seinem ersten Wahlkampfauftritt am 3. März 2007 in Marseille zeigte Le Pen, wie geschickt

er sich dem Vorwurf zu entziehen versteht, seine Partei verfolge bis heute eine nationalistische Ideologie. Vor einem Publikum von 2000 bis 3000 Teilnehmern hielt er wie in früheren Jahren eine Grundsatzzrede zum Thema Einwanderung, in der er zunächst entgegen den Erwartungen kein geschlossenes Nationsverständnis präsentierte. Ganz im Gegenteil stellte er fest, die Stadt Marseille sei von einer langen Geschichte der Immigration geprägt, und lobte die Einwohner für ihre großherzige Einstellung gegenüber den vielen Fremden, die über Jahrhunderte hinweg in diese Stadt gekommen sind. Erst nach diesem Vorspann baute er mit Fakten und Argumenten stufenweise sein Bedrohungsszenario auf: Im aktuellen Wahlkampf sei das Thema Immigration völlig ausgeblendet, ja sogar von offiziellen Stellen unter dem »Vorwand des Antirassismus« zum Tabu erklärt worden.⁷⁵

Deshalb ist zu beobachten, wie sich die spezifisch nationalistische Ausrichtung dieser Partei – abgesehen von ihrem offensichtlich populistischen Stil – heute darstellt. Trotz aller Rhetorik gilt für Le Pen auch heute noch seine Parole »Frankreich und die Franzosen zuerst«. Dies wird nicht nur an seiner Forderung nach einem völligen Einwanderungsstopp erkennbar. Seine Positionen insbesondere zur illegalen Migration haben den Diskurs über Menschenrechte sowie über das Erbe des Kolonialismus völlig ausgeblendet. Folglich findet in Le Pens Partei keine Auseinandersetzung mit dem Rassismus oder anderen Formen der Diskriminierung statt. Nicht zuletzt seine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen Parteien im Europaparlament macht deutlich: Der Front National setzt auch heute noch auf ein Nationsmodell, das historisch determiniert scheint und sich als Sprach- und Abstammungsgemeinschaft Exklusivität zumisst. Gerade wegen dieses geschlossenen Nationskonzepts schöpft Le Pen einen Teil seines Wählerpotentials aus der Gruppe der nichtmuslimischen Algerier, die nach dem Unabhängigkeitskrieg Zuflucht in Frankreich gesucht haben: »Es sind die ehemaligen »Pieds-Noirs« und ihre Nachkommen, die de Gaulle und den Gaulisten ihre Vertreibung von 1962 nicht verzeihen können – und noch weniger den arabischen Algeriern, die sie vertrieben haben.«⁷⁶

⁷² »Pierre Nora: Le nationalisme nous a caché la nation«, in: *Le Monde*, 18./19.3.2007, S. 15.

⁷³ »Face-à-face: faut-il réaffirmer l'identité française?«, in: *Le Figaro Magazine*, 6.4.2007. Vgl. dort Max Gallo: »C'est une identité en transformation permanente que l'on peut mettre en rapport avec l'immigration sans pour autant la figer.«

⁷⁴ Michaela Wiegel, »Mit gezügelter Zunge. Le Pen gibt sich brav«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.3.2007, S. 3.

⁷⁵ *Discours de Jean-Marie Le Pen à Marseille, Thème: L'immigration*, 3.3.2007; vgl. <www.frontnational.com/doc_interventions_detail.php?id_inter=64>.

⁷⁶ Grosser, *Wie anders ist Frankreich?* [wie Fn. 15], S. 95.

Die sozioökonomische Dimension der Immigration

Die Angst vor den Fremden weckte Le Pen bei seinem Publikum durch Daten, die ein völlig übersteigertes Bild von der realen Situation malen: Innerhalb der letzten 30 Jahre seien zehn Millionen Ausländer nach Frankreich eingewandert, und jedes Jahr kämen rund 500 000 dazu. Frankreich finanziere derzeit 1 Million illegale Einwanderer. Sie hätten das gleiche Recht wie Franzosen, soziale Dienstleistungen kostenlos in Anspruch zu nehmen – ob im Gesundheitswesen oder in der Schulausbildung. Dies kommentierte Le Pen mit den Worten: »Das ist unglaublich – aber wahr!«⁷⁷ In diesem Bedrohungsszenario bleibt weder Platz für eine Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Einwanderer, für Motive oder Umstände ihrer Migration, noch Raum für eine andere Rationalität als die der Schuldzuweisung, illegal ins Land gekommen zu sein und unrechtmäßig staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Die komplexe soziale Wirklichkeit wird auf ein stereotypes Bild der Einwanderer als Täter reduziert. Ausgeblendet und unbenannt bleiben die eigentlich verantwortlichen Akteure wie Menschenhändler und Profiteure der Schwarzarbeit. Ebenfalls unter den Tisch fallen alternative Möglichkeiten der Politikgestaltung. Eine Politik erscheint nur dann akzeptabel, wenn sie die vermeintlichen Täter – die selbst Opfer der Umstände sind – bestraft und in ihre Herkunftsländer zurückschickt. Le Pen kündigte sogar an, mit einem Referendum zur Einwanderungspolitik die Öffentlichkeit für seine Linie zu mobilisieren.

Nicolas Sarkozy, damals Präsidentschaftskandidat der UMP, nutzte ebenfalls das Argument des sozialen Missbrauchs seitens der Einwanderer, während er gleichzeitig auf Erfolge aus seiner Amtszeit verwies: Im Jahre 2006 sei die Zahl der Asylsuchenden um 35 Prozent auf 35 000 zurückgegangen, 24 000 illegale Einwanderer seien in ihre Herkunftsländer abgeschoben worden.⁷⁸ Doch wie Abbildung 3 (S. 15) verdeutlicht, lag die Zahl der Einwanderer in Sarkozys Amtszeit immer noch bei rund 130 000 pro Jahr und damit deutlich über dem Niveau zur Zeit der sozialistischen Vorgängerregierung. Dabei kommen allein 100 000 Einwanderer jährlich infolge von Familienzusammenführungen nach Frankreich. Deshalb hatte Sarkozy

⁷⁷ *Discours de Jean-Marie Le Pen à Marseille, Thème: L'immigration* [wie Fn. 75].

⁷⁸ Winfried Veit, *Der Lange Marsch in die VI. Republik. Frankreich vor den Wahlen des Jahres 2007*, Paris: Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 2007 (Frankreich-Analysen), S. 8.

im Wahlkampf Gesetzesreformen angekündigt, die sich an Maßnahmen der niederländischen Regierung orientierten und von Familienangehörigen vor ihrer Einreise einen Eignungstest verlangen sollten.⁷⁹ An dieser Stelle sei auf Beiträge des nationalen Instituts für demographische Studien (Institut national d'études démographiques, INED) hingewiesen. Dessen Vorsitzender, François Héran, gibt diesem Ansatz nur wenig Chancen. Denn die Gesetze zur Familienzusammenführung, so sein Argument, wurden innerhalb der letzten 30 Jahre bereits zwölf Mal ohne nennenswerte Erfolge geändert.⁸⁰ Seiner Meinung nach entscheide die Integrationspolitik darüber, ob sich traditionelle Einstellungen der Einwanderer allmählich verändern, ihre Söhne mit Frauen aus dem Herkunftsland zu verheiraten.

Während Sarkozy noch vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes für eine Politik der »selektiven Einwanderung« warb,⁸¹ um sich von Le Pens Forderung nach einem völligen Einwanderungsstopp abzugrenzen, wurde sein Ton in den beiden Wochen vor dem ersten Wahlgang immer schärfer: In der Kurzfassung seines Wahlkampfprogramms »Mein Projekt« formulierte er das Ziel, »die Einwanderung zu beherrschen«.⁸² Diese Wortwahl erinnert daran, wie Sarkozy jugendliche Gewalttäter in den Banlieues während der Unruhen im November 2005 als »Gesindel« bezeichnete. Damit dürfte Sarkozy das Wählerpotential des Front National angesprochen haben. Denn Meinungsumfragen prognostizierten bereits Anfang März, dass etwa 21 Prozent der Le-Pen-Wähler von 2002 diesmal dem scheidenden Innenminister ihre Stimme geben würden.⁸³

⁷⁹ »Immigration – le candidat de l'UMP hausse le ton«, in: *Le Figaro*, 6.3.2007, S. 7. Vgl. hierzu: Sabine Riedel, *Streit um Einwanderung in den Niederlanden. Von »Multikulti« zur »Politik der harten Hand«?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2006 (SWP-Aktuell 38/2006).

⁸⁰ »Entretien avec François Héran, directeur de l'INED. »Le problème n'est pas de contenir les flux mais d'intégrer des générations nées en France«, in: *Le Monde*, 5.1.2006, S. 20; vgl. dort ebenso: Laetitia van Eeckhout, »Immigration familiale: les faits«, <www.contreimmigrationjetable.org/IMG/pdf/Immigration_familiale_le_Monde_5-01-2005_familial.pdf>.

⁸¹ Vgl. »l'immigration choisie«, in: Intervention de M. Nicolas Sarkozy, Ministre d'Etat, Ministre de l'intérieur et de l'Aménagement du Territoire, lors de la conférence de presse sur l'immigration, Paris, 11.12.2006 [wie Fn. 10].

⁸² Vgl. »Maîtriser l'immigration«, in: *Mon projet: ensemble tout devient possible (les 15 points de mon projet en 16 pages)*, <www.sarkozy.fr/lafrance/>.

⁸³ *Le Figaro*, TNS Sofres: Les clés de l'élection présidentielle 2007. La situation politique à 6 semaines de l'élection prési-

Die Präsidentschaftskandidatin der französischen Sozialisten, Ségolène Royal, kritisierte zwar diese Positionen ihres Konkurrenten zum Thema Einwanderung, doch blieb ihre eigene Argumentation dazu im Verlauf des Wahlkampfes recht schwach. Schon in ihrem »Präsidentenpakt« hatte sie dieses Politikfeld ganz weit nach hinten geschoben. Es rangierte unter 100 Vorschlägen auf den Plätzen 97 und 98, wo sie für eine Wiederbelebung der euromediterranen Zusammenarbeit und für die Einführung eines mehrere Jahre gültigen Visums plädierte, mit dem sich die Einwanderer besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts einstellen könnten.⁸⁴ Diese Vorschläge basierten auf einer internetgestützten Debatte, an der sich nach Angaben der Sozialistischen Partei im Verlauf eines Jahres über 2,7 Millionen Franzosen beteiligt haben sollen.

Das Resultat war eine fast siebenhundertseitige Dokumentation, in der 135 000 Vorschläge zu 50 verschiedenen Themen systematisiert und ausgewertet wurden. Darin äußerte sich Ségolène Royal konkreter und bezeichnete die Einwanderungspolitik des Innenministers als gefährlich, weil sie eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere ausspiele: »Franzosen gegen Ausländer, illegale gegen legale Einwanderer, Industrieländer gegen Entwicklungsländer.«⁸⁵ Diesem polarisierenden Umgang mit dem Thema Einwanderung wollte sie humanitäre Werte entgegensetzen, die das Recht auf Asyl bejahen und einen respektvollen Umgang mit den Flüchtlingen erfordern, der sich in Familienzusammenführungen und der Erteilung von Arbeitserlaubnissen zeigt. So schlug sie zwar vor, den Kampf gegen die illegale Migration mit aller Härte zu verfolgen, verlangte dafür aber klare Kriterien.⁸⁶ Sarkozys Motto der »selektiven Einwanderung« kritisierte Royal als ungerechte und unzeitgemäße Haltung gegenüber den Herkunftsländern der Migranten, weil es die Bedürfnisse des französischen Arbeitsmarkts in den Mittelpunkt rücke und an die Kolonialzeit erinnere. Ihr Vorschlag für eine »geteilte

Einwanderung« blieb in ihrem Wahlkampfprogramm aber schwammig.⁸⁷

Hier zeigte sich auch die Schwäche der Methode, das politische Programm im Wesentlichen durch das Votum der Wähler auszugestalten. Dies führte offensichtlich dazu, dass die Debatte lediglich in einem innerparteilichen Diskussionszirkel stattfand, der tendenziell Meinungen aus anderen politischen Spektren oder auch sachliche Aspekte vernachlässigte. So bevorzugten die Teilnehmer dieser Debatte Themen wie Wirtschaft (25 Prozent), Arbeit (21 Prozent) und Ausbildung (15 Prozent) eindeutig gegenüber dem Thema Einwanderung mit nur 5 Prozent.⁸⁸ Andererseits ist zu bedenken, dass Einwanderung und Integration Querschnittsthemen darstellen, die hinter anderen Rubriken versteckt sein können. Darauf deutet die Bewertung der unterschiedlichen Aspekte des Politikfelds Schule und Ausbildung hin. Höchste Priorität erhielt hier mit 33 Prozent die Chancengleichheit und damit ein Thema, das von der konservativen Regierung und speziell Minister Azouz Begag bevorzugt behandelt wurde.⁸⁹ Hierzu hatte Royal jedoch keinen eigenen Kontrapunkt gesetzt.

Im Gegensatz zu Ségolène Royal kritisierte der UDF-Vorsitzende François Bayrou die Politik des scheidenden Innenministers wesentlich offensiver. Dabei setzte er sich insbesondere mit der Regierungspolitik der »selektiven Einwanderung« auseinander. Schon der Begriff selbst sei eine Täuschung, weil er suggeriere, er sei als Alternative zur »geduldeten Einwanderung« zu verstehen.⁹⁰ Laut Bayrou handle es sich hier aber um zwei ganz verschiedene Probleme. Wie die Realität zeige, könne man die illegale Migration nicht – wie der Innenminister versprach – völlig beseitigen. Dafür stehe die Zahl von 90 Prozent der aufgegriffenen illegalen Einwanderer, die aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben werden könnten. Schließlich dränge die schlechte wirtschaftliche und soziale Situation in den Herkunftsländern die Menschen zur Auswanderung, so dass sie meist unfreiwillig geschehe. Dies alles setze der »selektiven Einwanderung« enge Grenzen. Statt die illegalen Migranten zu einem gesellschaftlichen Problem zu stilisieren, sollten stärker die Ursachen wie Schwarzarbeit und Menschenhandel bekämpft werden. Es sei Pflicht, im Kampf gegen die illegale Einwanderung

dentielle«, März 2007, S. 26; vgl. <www.tns-sofres.com/sofres/secteurs/polop/Prez_BT_mars2007_site.pdf>.

⁸⁴ Vgl. *Le pacte présidentiel de Ségolène Royal*, Paris, 11.2.2007, <www.presidentielle-2007.net/actualite/index.php/2007/02/11/107-le-pacte-presidentiel-de-segolene-royal>.

⁸⁵ »Les cahiers d'espérances«. *Désirs d'avenir*. 11 février 2006 – 11 février 2007. *Synthèse des débats*, Paris, 11.2.2007, S. 544; vgl. <www.ps06.fr/sections/niceouest/sections/niceouest/IMG/pdf/SR_cahiers_esperances.pdf>.

⁸⁶ »Ségolène Royal précise ses proposition en matière d'immigration«, in: *Le Monde*, 9.2.2007.

⁸⁷ Vgl. »immigration partagée«, in: »Les cahiers d'espérances« [wie Fn. 85], S. 594.

⁸⁸ Vgl. »intégration«, ebd., S. 599.

⁸⁹ Vgl. »éducation«, ebd., S. 602.

⁹⁰ Vgl. Bayrou, *Discours de clôture* [wie Fn. 71].

gerade auch die humanitären Beweggründe herauszustreichen.⁹¹

Dieser menschenrechtliche Aspekt in der Einwanderungsdebatte spielte bei zwei weiteren Präsidentschaftskandidatinnen eine besonders wichtige Rolle: Marie-George Buffet von der Kommunistischen Partei bezeichnete die Regierungspolitik der »selektiven Einwanderung« sogar als neokolonialistisch. Sie konfrontierte insbesondere Nicolas Sarkozy mit Vorschlägen, das Wahlrecht für Ausländer, die dauerhaft in Frankreich leben, anzuerkennen, eine Aufenthaltserlaubnis für illegale Migranten einzuführen, Maßnahmen für eine Familienzusammenführung und gegen die Ausbeutung von Schwarzarbeit zu unterstützen und schließlich die UN-Konvention zum Schutz der Arbeitsmigranten zu ratifizieren.⁹² Dominique Voynet, die Kandidatin der französischen Grünen, erhob in ihrem Wahlprogramm ebenfalls eine Reihe von Forderungen, um die Situation der Einwanderer zu verbessern.⁹³ Zum Beispiel sollten verschiedene Gesetze Sarkozys annulliert und die Politik der verstärkten polizeilichen Kontrollen durch mehr soziale Hilfsangebote ersetzt werden. Hierzu gehörte Voynets Meinung nach auch das Wahlrecht für Ausländer, die dauerhaft in Frankreich leben. Auch was die Legalisierung der sogenannten »sans papiers« betraf, glichen die Forderungen der grünen Präsidentschaftskandidatin den Vorschlägen von Marie-George Buffet.

Die politische Dimension: Debatten um die nationale Identität

Mit besonderem Nachdruck verteidigten die Grünen die bevorzugten Unterrichtszonen (Zones d'Education Prioritaires, ZEP). Dies kann als Bestandteil ihrer Politik der positiven Diskriminierung sozial schwacher Schichten betrachtet werden. Dazu passt ihr Votum für eine größere kulturelle Diversität innerhalb der französischen Gesellschaft.⁹⁴ In diesem Punkt grenz-

ten sie sich jedoch nicht klar von Sarkozys Konzept zur Förderung der Minderheiten ab. So hatte er mit seinem angekündigten »Bruch« (*rupture*) auch eine Veränderung des republikanischen Modells Frankreichs im Auge, das bislang der Chancengleichheit oberste Priorität einräumte.⁹⁵ Statt weiterhin auf eine Partizipation der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen insbesondere aus den Banlieues zu setzen, wird Sarkozy auf längere Sicht sein Elitenmodell fördern. Dies verträgt sich nicht nur mit einer Haushaltspolitik der knappen Kassen. Wie bereits in den letzten Jahren zu beobachten war, sind Vertreter der verschiedenen Gruppen wie zum Beispiel der Muslime oder der »Noirs« durchaus bereit, die angebotene Führungsrolle innerhalb ihrer »Gemeinschaften« (*communautés*) anzunehmen.⁹⁶ Wie aber im vorigen Kapitel dargestellt, bleibt nicht nur die Legitimität dieser Art politischer Repräsentation fraglich. Maßnahmen der positiven Diskriminierung, etwa durch die Einführung von Quoten für Minderheiten, werden in breiten Kreisen der französischen Bevölkerung auf große Skepsis stoßen.

Zuspruch erhielt Präsidentschaftskandidat Sarkozy dagegen von einer Reihe französischer Intellektueller. So unterstützte ihn zum Beispiel André Glucksmann, der Sarkozys Bruch des Tabus der »abstrakten Gleichheit« begrüßte.⁹⁷ Andere dagegen lehnten die Einführung von Sonderrechten für die muslimischen Einwanderer ab, so zum Beispiel der Philosoph Henri Peña-Ruiz. Er warnte, die finanzielle Unterstützung für islamische Gemeinden führe zu einer Ungleichbehandlung gegenüber anderen Religionen und laufe damit auf das Ende des Trennungsgesetzes aus dem Jahr 1905 hinaus.⁹⁸ Dass Sarkozy tatsächlich das Verhältnis von Religion und Politik in Frankreich ändern möchte, hat er bereits in seinem Buch publik gemacht.⁹⁹ Als Staatspräsident besitzt er nun die politische Machtfülle, diese Ziele zu verwirklichen. Damit liegt er zwar im Trend, den Religionen größere gesellschaftliche Verantwortung zuzumessen. Doch an-

S. 57.

⁹⁵ »Avec la rupture, M. Sarkozy reprend l'offensive sur les classes populaires«, in: *Le Monde*, 13.3.2007, S. 11.

⁹⁶ Vgl. hierzu den Begriff »communautés« bei Jean-Baptiste de Montvalon, »M. Sarkozy: les communautés, c'est moi«, in: *Le Monde*, 7.3.2006.

⁹⁷ »Warum ich mich für Sarkozy entscheide.« Befund eines Abtrünnigen ...« [wie Fn. 19].

⁹⁸ »Laïcité; questions à M. Sarkozy. Financer la religion sur fonds publics remettrait en cause les fondements mêmes du pacte républicain«, in: *Le Monde*, 16.2.2007, S. 19.

⁹⁹ Sarkozy, *La République* [wie Fn. 36].

⁹¹ »Les principales propositions sociales et sociétales des candidats«, in: *Le Monde*, 15.2.2007, S. 10.

⁹² Marie-George Buffet propose: *Une autre politique à gauche. Le programme*, Januar 2007, S. 15; vgl. <www.mariegeorge2007.org/IMG/pdf/brochure_programme_mail.pdf>.

⁹³ Vgl. *Projet Vert 2007, Programme des Verts: Le monde change, avec les Verts changeons le monde*, Chapitre C. *Pour les mêmes droits sur tout le territoire*, S. 33–60; vgl. <lesverts.fr/article.php?id_article=3124>.

⁹⁴ Vgl. *Projet Vert 2007, Programme des Verts*, ebd., S. 36f und

gesichts der wachsenden Zahl von Muslimen dürften sich die innergesellschaftlichen Konflikte dadurch eher verschärfen.

In puncto positive Diskriminierung und Laizität entwickelte die Präsidentschaftskandidatin der Sozialisten, Ségolène Royal, kaum überzeugende Gegenentwürfe zur Regierungspolitik. Teilnehmer ihres partizipativen Wahlprogramms stellten zwar die kritische Frage, ob die Förderung spezieller Minderheiten – etwa durch Quoten – nicht neue Probleme schaffe und die Gefahr bestehe, dass eine Gemeinschaft gegen die andere ausgespielt werde. Royal formulierte ihre Antwort jedoch sehr allgemein und zeigte eher Verständnis für bestehende Sonderregelungen. Sie schlug vor, die Öffentlichkeit stärker für die kulturellen Unterschiede innerhalb der französischen Gesellschaft zu sensibilisieren.¹⁰⁰ Auf die Themen Islam und Laizität ging die Kandidatin dagegen überhaupt nicht ein. Diese konzeptionelle Schwäche zeigte sich besonders in dem Augenblick, als Sarkozy seine Definition der »nationalen Identität« in die Wahlkampfdebatten einbrachte. Royals Reaktion blieb defensiv. Offenbar sah sie sich gezwungen, durch den Einsatz nationaler Symboliken wie das Singen der Marseillaise auf Parteiveranstaltungen ihr Bekenntnis zur »französischen Identität« zu demonstrieren, ohne sich allerdings inhaltlich mit den verschiedenen Definitionsangeboten auseinanderzusetzen.¹⁰¹

Wie wichtig jedoch eine solche Auseinandersetzung vor allem mit der nationalistischen Ideologie Le Pens gewesen wäre, zeigte sich in der Wahlkampagne des Front National: Auf Wahlplakaten war ein Mädchen maghrebischer Herkunft abgebildet, dem der Slogan in den Mund gelegt wurde: »Nationalität, Assimilation, sozialer Aufstieg, Laizität, das alles haben die Rechten und die Linken kaputtgemacht.«¹⁰² Die Botschaft Le Pens in diesem Wahlkampf war also eindeutig: Der Front National sei keine rechte Partei, sondern eine der Mitte. Mit diesem Argument wollte er vor allem die konservative Regierung für die aufgezeigten Missstände in die Verantwortung nehmen und verhindern, dass Sarkozy das Wählerpotential des Front National für sich gewann. Dabei profitierte er

nicht zuletzt von der Tendenz, dass sich die programmatischen Profile der Parteien immer weniger in das Raster linker oder rechter Politik einordnen lassen. Hierin erkannte die Tochter des Parteivorsitzenden, Marine Le Pen, die Chance, den Front National in absehbarer Zeit regierungsfähig zu machen.

So hat unter den Präsidentschaftskandidaten allein der UDF-Vorsitzende François Bayrou das bestehende französische Nationsmodell als offene und politisch gestaltbare Größe konsequent verteidigt. Denjenigen Einwanderern, die dauerhaft in Frankreich leben und sich ernsthaft um Integration bemühen, müsse man die Hand entgegenstrecken, hieß es im Parteiprogramm der UDF.¹⁰³ Die Chancengleichheit werde aber nicht durch Maßnahmen positiver Diskriminierung verwirklicht, weil diese längerfristig die sozialen und kulturellen Unterschiede verstärkten.¹⁰⁴ So habe etwa die Einrichtung bevorzugter Unterrichtszonen (ZEP) mit zusätzlichen finanziellen staatlichen Hilfen nicht die Integration verbessert, sondern zur Konzentration sozialer Brennpunkte beigetragen. Allen Franzosen – ob Juden, Muslimen oder Christen – müssten die gleichen Rechte und Aufstiegschancen offenstehen.

In diesem Zusammenhang warb Bayrou für die Beibehaltung der französischen Laizität, wie sie durch das Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat aus dem Jahre 1905 ausgestaltet wurde. Nur die bestehende staatliche Neutralität gegenüber den Religionsgemeinschaften garantiere laut Bayrou deren Autonomie und gewährleiste, dass mehrere Religionen unter demselben Dach friedlich zusammenleben. Die Versuche des Innenministers, einen französischen Islam zu begründen, kommentierte er mit den Worten: »Ich sehe nicht, wie ein moderner demokratischer Staat dazu legitimiert sein könnte, eine Religion zu organisieren und zum Beispiel die Imame auszubilden.«¹⁰⁵

Zwar präsentierte sich François Bayrou mit diesen Positionen eher als Bewahrer und Traditionalist, doch sprach er nahezu als einziger Kandidat über eine gemeinsame »europäische Politik« im Bereich Immigration und Integration. So zeigte er nicht nur Interesse

¹⁰⁰ Vgl. »Les cahiers d'espérances« [wie Fn. 85], S. 93 und S. 545.

¹⁰¹ »Royal dispute à Sarkozy le thème de la nation«, in: *Le Monde*, 25./26.3.2007, S. 1.

¹⁰² Olivier Pognon, »Le Pen propose un référendum sur l'immigration«, in: *Le Figaro*, 5.3.2007, S. 8. Vgl. das Wahlplakat des Front National: <www.trend.infopartisan.net/trd0107/t140107.html>.

¹⁰³ Laurent Pirot, *Immigration: Sarkozy joue à domicile*, Paris: Associated Press, French Worldstream, 27.2.2007.

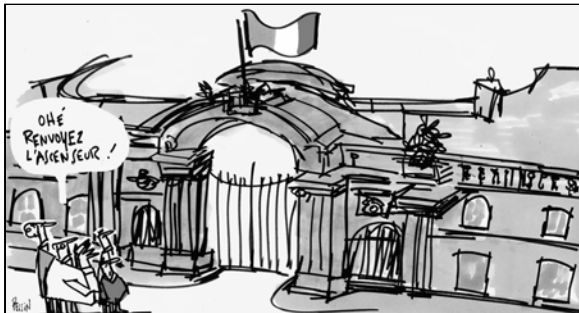
¹⁰⁴ Vgl. das Parteiprogramm der UDF: *La France ensemble*, Supplément du Démocratie Info Nr. 135, 27.11.2006, S. 6, <www.udf.org/legislatives_2007/avant_projet.pdf>.

¹⁰⁵ *Notre laïcité à l'épreuve du siècle*, prononcé par: François Bayrou le: 17 octobre 2005, <www.bayrou.fr/discours/blois-laicite.html>.

für die Probleme Italiens und Spaniens, den Strom neuer Einwanderer zu bewältigen, sondern informierte auch über verschiedene Vorschläge des Europaparlaments. Es bestehe dringender Regelungsbedarf auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Migration sowie bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen. Auf konkrete politische Initiativen des Europäischen Rats bzw. der Europäischen Kommission wie zum Beispiel das Haager Programm vom 5. November 2004 zur Vereinheitlichung der Asylpolitik und Sicherung der EU-Außengrenzen ging er nicht näher ein.¹⁰⁶ Dennoch bekräftigte der UDF-Vorsitzende seinen proeuropäischen Kurs auf einer Wahlkampfveranstaltung in Straßburg, wo er das Thema Immigration als eine der sieben Herausforderungen der zukünftigen Europapolitik bezeichnete.¹⁰⁷

Abbildung 11

»Ohé renvoyez l'ascenseur!«



»He, schicken Sie den Fahrstuhl zurück!« Gemeint ist der »soziale Fahrstuhl« als Symbol für das republikanische Prinzip der Chancengleichheit. Angesprochen wird Nicolas Sarkozy, der als Kind ungarischer Einwanderer von der Chancengleichheit profitiert hat; in: *Le Monde Economie*, 9.5.2007, S. 1.

Der diesjährige Präsidentschaftswahlkampf hat deutlich vor Augen geführt, welche Rolle die zeitliche Platzierung bestimmter Wahlkampfthemen spielte. Nicolas Sarkozy hatte diesmal Einwanderung und Integration nicht wie im Parlamentswahlkampf 2002 von Anfang an in den Mittelpunkt gestellt. Er brachte dieses sensible innenpolitische Thema erst im Verlauf des Wahlkampfes allmählich in die mediale Auseinandersetzung und konnte mit seinem Vorschlag zur Einrichtung eines »Ministeriums für Immigration

¹⁰⁶ Vgl. Europäischer Rat. Mitteilungen, »Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*, 3.3.2005 (2005/C 53/01).

¹⁰⁷ »A Strasbourg, François Bayrou s'empare du sujet européen. Le candidat UDF à la présidentielle défend une Union européenne«, in: *Le Monde*, 14.2.2007, S. 12.

und nationale Identität« nun auch die Dynamik der Diskussionen bestimmen.¹⁰⁸ Auf diesem Weg erreichte er das Wählerpotential des Front National, sammelte damit das rechtskonservative Spektrum hinter sich und brachte sich gegen den Liberalen Bayrou und die Sozialistin Royal in Stellung. Diese Polarisierung und Selbstdarstellung Sarkozys als »Mann der Rechten« sollte sich vor allem im zweiten Wahlgang als erfolgreiche Strategie erweisen.¹⁰⁹

Mit der Ernennung der neuen Regierung zwei Wochen nach seinem Wahlsieg stellte Nicolas Sarkozy bereits erste Weichen zur Umsetzung seines neuen Konzepts: Während Michèle Alliot-Marie vom Verteidigungs- ins Innenministerium wechselte, avancierte Brice Hortefeux zum Minister für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen.¹¹⁰ Da Hortefeux zum engsten Freundeskreis des neuen Staatspräsidenten gehört, dürfte Sarkozy mit dieser Besetzung seinen direkten Einfluss auf das neue Ministerium sichergestellt haben. Vor allem aber wurde mit dieser strukturellen Veränderung das beigeordnete Ministerium für Chancengleichheit aufgegeben, was sich unmittelbar auf die deutsch-französische Initiative zur Chancengleichheit und Integration auswirken wird.¹¹¹ Die deutsch-französische Zusammenarbeit steht nun vor der Herausforderung, dem neuen französischen Staatspräsidenten und der neuen Regierung die positiven Erfahrungen zu vermitteln, die man auf der Grundlage eines politischen Nationskonzept gemacht hat. Dieses Konzept orientierte sich gerade am traditionellen republikanischen Vorbild Frankreichs, das ausgehend von den Ideen des Liberalismus allen Bürgern gleiche soziale Aufstiegschancen bot.

Schon jetzt ist vorherzusehen, dass sich die Mehrheit der Einwanderer kaum mit Sarkozys Elitemodell und einer Justizministerin maghrebischer Herkunft als Beispiel für gelungene Integration zufriedengeben wird. Die sich abzeichnende Abkehr von der bisherigen Politik der Chancengleichheit dürfte zahlreiche

¹⁰⁸ Bruno Jeudy, »Sarkozy remet l'identité nationale au coeur du débat«, in: *Le Figaro*, 10.3.2007.

¹⁰⁹ »Patriot zu über hundert Prozent«. Der französische Schriftsteller und Historiker Max Gallo über den Triumph von Nicolas Sarkozy, die Sorge um die nationale Identität und den Rechtsruck der Franzosen«, in: *Der Spiegel*, 14.5.2007.

¹¹⁰ Vgl. die Homepage des neuen Ministers unter: <<http://brice.hortefeux.free.fr/Ministere/bh-Ministere.htm>>.

¹¹¹ Vgl. zur weiteren aktuellen Entwicklung: Sabine Riedel, »Einwanderung: das Ende der Politik der Chancengleichheit«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Frankreich*, (17.9.2007) B38, S. 40–46.

jugendliche Migranten aus den Banlieues enttäuschen und womöglich in die Arme gewalttätiger Akteure treiben. Aus seinen Erfahrungen als Innenminister sollte Nicolas Sarkozy wissen, dass die Vorstadtunruhen vom Herbst 2005 nur mit größtmöglichem Einsatz an Polizeikräften unter Kontrolle gebracht werden konnten. Auf dem neuen Staatspräsidenten lastet derzeit eine besonders schwere Verantwortung für die Einwanderungs- und Integrationspolitik.

Abkürzungen

ANAEM	Agence Nationale de l'Accueil des Étrangers et des Migrations
CFCM	Conseil français du culte musulman
CNDSQ	Commission nationale pour le développement social des quartiers
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
CPE	Contrat première embauche
CRAN	Conseil représentatif des associations noires
CRCM	Conseil régional du culte musulman
FNMF	Fédération nationale des musulmans de France
GMP	Grande mosquée de Paris
HCI	Haut Conseil à l'Intégration
HLM	Habitation à loyer modéré
INED	Institut national d'études démographiques
MRC	Mouvement Républicain et Citoyen
ONI	Office national d'immigration
PCF	Parti Communiste Français
PRG	Parti Radical de Gauche
PS	Parti Socialiste
RPR	Rassemblement pour la République
UDF	Union pour la Démocratie Française
UMP	Union pour un Mouvement Populaire
UN	United Nations
UOIF	Union des organisations islamiques de France
ZEP	Zones d'Education Prioritaires
ZFU	Zones Franches Urbaines
ZUS	Zones Urbaines Sensibles